HOOVER WAR

Einzelpreis 25 Pfennig.

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein".

Nummer 4
7. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Hasenh. 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postscheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse O, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein" mit dem Vermerk „Saar-Freund" erbeten.

Berlin
15 Februar
1926

Deutschlands Anmeldung zum Völkerbund.

Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses vom 8. Februar d. J. hat Deutschland die Anmeldung zum Völkerbund am 10. Februar in Genf durch den dortigen deutschen Generalkonsul Aschmann vollzogen. Der Völkerbund wird sich bereits in einer Sondersitzung, die für den 8. März nach Genf einberufen worden ist, mit dem deutschen Aufnahmegesuch befassen. Wenn sich keine besonderen Schwierigkeiten ergeben sollten, ist also damit zu rechnen, daß Deutschland vom März ab Mitglied des Völkerbundes sein wird. In einer halbamtlichen deutschen Auslassung ist der Beschluß des Reichskabinetts zur Anmeldung Deutschlands für den Völkerbund eingehend gewürdigt worden. Unter anderm ist darin davon die Rede, daß Deutschland sofort einen ständigen Sitz in dem wichtigsten Organ des Völkerbundes, dem Völkerbundsrat, erhält. Die Tatsache ist insofern von besonderer Bedeutung, als der Völkerbundsrat unter anderm die Beschlüsse zu fassen hat, die sich auf die Verwaltung des Saargebiets beziehen. Erhält Deutschland einen ständigen Ratssitz, so wird ihm die Möglichkeit gegeben, sich zunächst einmal sehr eingehend über die Methoden zu unterrichten, die bisher bei der Verwaltung des Saargebiets Anwendung fanden Damit wird das deutsche Ratsmitglied ein wichtiger Faktor gerade als Mittelsmann zwischen Saargebietsbevölkerung und Völkerbundsrat. Die Vertreter der Saargebietsbevölkerung werden in der Lage sein, das deutsche Ratsmitglied vertrauensvoll darüber zu unterrichten, wie sich die Maßnahmen des Völkerbundes bzw. der von ihm eingesetzten Verwaltungskommission im Saargebiet auswirken. Es wird also viel eher möglich sein, lebendigere Beziehungen zwischen Saargebietsbevölkerung und Ratsmitglieder herzustellen als dies bisher der Fall war. Hieran hat es bisher gefehlt, weil unter dem Einfluß der überragenden französischen Einwirkung die Klagen und Beschwerden der Bevölkerung in der Regel nicht das geneigte Entgegenkommen fanden, wie es in Zukunft durch die Vermittlung des deutschen Vertreters erwartet werden darf.

In den letzten Tagen mehrten sich aber die Stimmen aus dem Auslande und aus Völkerbundskreisen, nach welchen sich starke Strömungen bemerkbar machten, Deutschland die ihm bisher zugesicherten Vorteile bei seinem Völkerbundseintritt nicht ohne weiteres teilhaftig werden zu lassen. Die Bestrebungen laufen darauf hinaus, die deutsche Stimme im Völkerbundsrat dadurch weniger entscheidend zu gestalten, daß neben Deutschland auch noch andere Staaten einen ständigen Ratssitz erhalten sollen. Sowohl Polen wie auch Brasilien und Spanien verlangen eine Vermehrung der ständigen Ratssitze in der unverkennbaren Absicht, sich selbst dadurch einen ständigen Ratssitz zu verschaffen. Nach dem bisher gültigen Statut für den Völkerbund müssen alle Beschlüsse des Rates einstimmig gefaßt werden. Erhalten Polen oder Brasilien, denen man deutschfreundliche Empfindungen kaum nachsagen kann, einen ständigen Ratssitz, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sie gegen jeden Beschluß stimmen werden, durch den Deutschland eine Verbesserung in der Auslegung oder Anwendung irgendeiner vertraglichen Bestimmung erreichen könnte. Gerade für die Verwaltung des Saargebiets ist dieser Umstand von allergrößter Bedeutung. Wenn auch damit gerechnet werden kann, daß die Aera Rault durch einen Wechsel im Präsidium der Saarregierung endgültig beseitigt wird, so werden sich dennoch auch in Zukunft zahlreiche Möglichkeiten ergeben, wo der deutsche Vertreter auf sinngemäßere Anwendung der Saarstatutsbestimmungen wird drängen müssen. Würde Frankreich damit den deutschen Erwägungen allein gegenüberstehen, so könnte es schwer den deutschen Antrag zu Falle bringen, weil man in dem Verhalten Frankreichs das Verhalten des Interessenten erkennen würde. Ganz anders wäre es aber, wenn im französischen Sinne sich der polnische oder brasilianische Vertreter einsetzen würde. Dieses Intrigenspiel hat schon eine solche bestimmte Form erhalten, daß sich selbst der englische Außenminister Chamberlain am 11. Februar im englischen Unterhaus veranlaßt sah, auf diese Dinge einzugehen. Bezeichnenderweise gab er aber auf eine klare Frage nur eine vielsagende ausweichende Antwort. Er sprach davon, daß es der Neutralität des Völkerbundes widersprechen würde, wenn die einzelnen Völkerbundsmächte ihren Delegierten bestimmte Anweisungen für ihr Verhalten im Völkerbundsrat geben würden. Man legt diese Bemerkung Chamberlains dahin aus, daß er es ablehnt, mit gebundener Marschroute nach Genf zu gehen, und behält sich seine Entscheidungen über die Frage Polen usw. vor, bis er mit Briand und anderen Staatsmännern sich über gewisse taktische und Organisationsfragen verständigt hat. Diese Auskunft hat insofern für das Saargebiet ein größeres Interesse, weil entsprechend dieser Auffassung Chamberlains er gegen den Willen des englischen Parlaments vor genau einem Jahre für ein weiteres Jahr Rault-Regime an der Saar eingetreten ist, weil er sich hierzu im „Interesse der Neutralität und der freien Entschlußkraft des Völkerbundes" Briand gegenüber verpflichtet hat. Auch kürzlich ist Chamberlain wieder mit Briand zu sehr vertraulicher Aussprache in Paris zusammengewesen, ohne daß bekannt geworden ist, ob und wieweit er sich diesmal für die polnisch-französischen Bestrebungen festgelegt hat.

Die französische Haltung ist völlig undurchsichtig. Man scheint aber in Paris darüber unterrichtet zu sein, daß für den Fall der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund die Kandidatur Polens beantragt werden würde. Einer klaren Stellungnahme hierzu geht

Dieser Ausgabe liegt die Nr. 2, Jahrgang 2, der **„Saarheimatbilder"** bei.

man aber aus dem Wege mit der Erklärung, daß Frankreich den versprochenen Ratssitz Deutschlands nicht bestreiten und die gleichzeitige Mitaufnahme Polens nicht zur Bedingung machen werde. Die Bedeutung scheint bei dem Wörtchen „gleichzeitig" zu liegen. Während man einesteils in Pariser politischen Kreisen erklärt, die französische Regierung werde gegen die Aufnahme Polens protestieren, versichert man in anderen Kreisen, daß Frankreich die Kandidatur Polens selbst vertreten werde, sich aber mit einem ablehnenden Abstimmungsergebnis zufrieden geben würde.

In unterrichteten Kreisen Berlins ist man aber überzeugt, daß die deutsche Regierung für den Fall, daß die unberechtigten Ansprüche Polens und Brasiliens gleichzeitig mit dem berechtigten Anspruch der deutschen Regierung befriedigt werden sollten, darin eine neue Situation erblicken und ihre Konsequenzen ziehen würde. Wie es heißt, soll die deutsche Regierung auch bereits auf dem üblichen diplomatischen Wege in Paris wie in London darauf hingewiesen haben, daß sie es als ein Zeichen von Illoyalität betrachten müßte, wenn man Deutschland zuerst zum Eintritt in eine bestimmt umrissene Körperschaft auffordert und dann, wenn es im Begriffe ist, dieser Aufforderung zu folgen, die Zusammensetzung dieser Körperschaft willkürlich und in einschneidender Weise verändert. Der Wert des ständigen deutschen Ratssitzes würde zweifellos eine außerordentliche Herabminderung erfahren, wenn die Aufnahme Deutschlands in den Rat verbunden würde mit einer Erweiterung des bisher lediglich Großmächten reservierten Rechtes ständiger Ratssitze auf mehrere Mittelmächte, deren Aufnahme der ursprünglichen Struktur des Rates nach nicht vorgesehen war. Der Londoner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" will in maßgebenden politischen Kreisen Londons jetzt vielfach die Ansicht haben aussprechen hören, „daß es besser wäre, wenn Deutschland seine Anmeldung zum Völkerbund zurückzöge, weil Frankreich auf seinem Willen bestünde, und zwar mit der treffenden Begründung, daß der Völkerbundsrat nicht mehr der Rat sei, in welchen man ihm die Aufnahme zugesagt habe."

Von diesem Rat dürfte die deutsche Regierung vorerst keinen Gebrauch machen. Sie wird zunächst versuchen, ihre berechtigten Ansprüche auf die unveränderte Zusammensetzung des Völkerbundsrates mit allen diplomatischen Mitteln innerhalb und außerhalb des Völkerbundes durchzusetzen. Erst wenn dadurch das berechtigte Verlangen Deutschlands keine Berücksichtigung finden sollte, würde es in eine Ueberprüfung der letzten Reichstags- und Kabinettsbeschlüsse eintreten — seine Anmeldung könnte Deutschland auch noch am 8. März widerrufen!

"Es sind also nicht gerade verheißungsvolle Auftakte, die bei der Anmeldung Deutschlands zum Völkerbund zutage treten. Deutschland wird sich dadurch von seinem vorgezeichneten Wege nicht abbringen lassen, sondern mit aller Kraft, aber auch mit aller Vorsicht dem Ziele zustreben, das auf Wiederaufrichtung des deutschen Namens, der deutschen Weltgeltung gerichtet sein muß. In seiner gegenwärtigen Lage ist ein anderer Weg als über und durch den Völkerbund nicht möglich. Mag man zu diesem Völkerbund an sich stehen wie man will, vielleicht gestaltet er sich nach dem Eintritt Deutschlands, durch dessen Wirken, allmählich zu der Institution, die er sein sollte: eine neutrale Völkerinstanz zur Beseitigung von Gegensätzen, die zu kriegerischen Verwicklungen führen können.

Die deutschen Regierungen, mögen sie heißen wie sie wollen, müssen nicht blind und urteillos in den Völkerbund hineinlaufen, sie haben sich auch bisher nicht grundsätzlich gegen den Eintritt gesträubt. Es war vielmehr eine sehr wohl erwogene Taktik, die sie verfolgten, nämlich nicht als Bettelnder vor der Tür des Völkerbundes zu erscheinen, sondern als allseits erwünschter und begehrter Mitarbeiter. Deutschland hat sich suchen lassen und dadurch sein Ansehen innerhalb des Völkerbundes von vornherein so gehoben, daß man auf das Wort und die Stimme des deutschen Vertreters im Völkerbund Wert legt. Deutschland ist auch erst in den Völkerbund hineingegangen, nachdem gewisse Voraussetzungen erfüllt und gewisse Zusicherungen gegeben worden sind. Man darf somit hoffen, daß, nachdem auch die letzten Schwierigkeiten beseitigt und die mancherlei Intrigen unschädlich gemacht sind, Deutschland seinen Platz im Völkerbund und im Völkerbundsrat so ausfüllen wird, wie es das deutsche Volk und vor allem die nach Millionen zählenden deutschen Volksgenossen außerhalb der Reichsgrenzen erwarten. Aber auch den neutralen Staaten wird der Eintritt Deutschlands von größtem Werte sein, weil sie in Deutschland einen Bundesgenossen erblicken, der sich davon frei halten wird, im Völkerbund lediglich Ententepolitik zu treiben.

Was das Saargebiet von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und von der ständigen Mitarbeit im Völkerbundsrat erwartet, ist schon kurz angedeutet worden. Es wird wahrlich schwerer Arbeit bedürfen, um den Völkerbundsrat langsam auf eine wirklich neutrale Verwaltungspolitik innerhalb des Saargebiets umzustelllen. Es wird schwerer Arbeit bedürfen, um den immer wieder neu auftretenden französischen Bestrebungen im Saargebiet entgegentreten zu können.

Frankreichs neue Politik an der Saar.

Es ist kein Zweifel: Frankreich versucht sich im Saargebiet neu zu orientieren. Wie weit die französische Regierung hinter dieser Neuorientierung steht, läßt sich noch nicht überblicken. Tatsache ist, daß die französische Presse angeregt worden ist, sich mit der Saarfrage erneut zu beschäftigen. In erster Linie wird diese neue Pressekampagne dirigiert und finanziert von dem französischen Rhein-Komitee (Comité de la rive gauche du Rhin). Aber auch die französische Linkspresse beschäftigt sich fortlaufend mit dem Saargebiet, so daß man annehmen kann, daß von oben eine entsprechende Anweisung ergangen ist. Der französische sozialistische Kammerabgeordnete Uhry ist zwar in seinen verschiedenen Artikeln über das Saargebiet zu der Auffassung gelangt, daß Frankreich das Spiel im Saargebiet politisch verloren hat, er hatt aber daraus nicht die Schlußfolgerung gezogen, daß Frankreich das ganze Saarabenteuer ebenso liquidieren sollte wie das Ruhrabenteuer. Seine Empfehlungen an die französische Regierung gingen vielmehr dahin, ihre Politik im Saargebiet so einzustellen, daß Frankreich aus dem Saargebiet „die günstigsten wirtschaftlichen Vorteile" zieht.

Auch aus andern Bemerkungen Uhrys muß man schließen, daß er nicht für eine Lösung der Saarfrage im Sinne des Rechts sich einsetzt. In einem Artikel, den er in der „Ere Nouvelle" veröffentlichte, riet er Briand, mit Deutschland in Verhandlungen wegen des Rücklaufs der Saargruben einzutreten. Er begründete das damit, daß Frankreich keinen Nutzen mehr aus der Ausbeutung der Saargruben ziehen könne, durch den Verkauf aber 18 **Milliarden Papierfranken** erzielen würde. Das sei gefundenes Geld, das Frankreichs Amortisationskasse auf bessere Weise als durch den Verkauf von Monopolen usw. erhalten könnte.

Wie so viele Aeußerungen in der französischen Presse über das Saargebiet, so ist auch diese von Uhry über den Wert der Saargruben in der deutschen Oeffentlichkeit kritiklos aufgenommen worden. Niemand hat sich über die hier angegebene Höhe der Summe Kopfschmerzen gemacht. Ein großes Berliner Blatt, das sonst mit seiner Kritik schnell bei der Hand ist, hat sich diese Glanzleistung Uhrys zwar schleunigst von seinem Pariser Vertreter telephonieren lassen, einen Kommentar hierzu suchte man aber vergeblich. 18 Milliarden Papierfranken waren damals etwa 3 bis 3½ Milliarden Goldmark, die Uhry für den Rückkauf der Saargruben von Deutschland gefordert wissen will. In Wirklichkeit stellen aber die Saargruben nur etwa ein Zehntel Teil des Wertes der von Uhry genannten Summe dar. Bei der Berechnung des Steueranteils der Saargruben im Verwaltungshaushalt des Saargebiets hat man jedenfalls die Gruben mit nur 340 Millionen Goldmark gleich etwa 2 Milliarden Papierfranken, damaligen Kursstandes für den Franken, bewertet. Uhry hat auch wahrscheinlich mit voller Ueberlegung eines übersehen, daß nämlich der Verkauf der Saargruben an Deutschland lediglich als Folge der Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland zu betrachten ist. Erst muß also die Frage der vorzeitigen Rückkehr zu Deutschland gelöst sein, und dann erst kann über den Rückkauf der Saargruben und ihren Wert gesprochen werden. Zur Festsetzung des Rückkaufpreises muß nach § 36 des Saarstatuts ein Sachverständigenausschuß eingesetzt werden, dem ein Vertreter Deutschlands, Frankreichs und des Völkerbundes anzugehören haben. Frankreich könne also nicht einfach eine Summe nennen, die Deutschland dann zu bezahlen haben würde.

Obwohl die betrügerischen Manipulationen bekannt sind, die man angewandt hat, um das Saargebiet Deutschland zu ent-

reißen, so gibt es in Frankreich kaum eine Persönlichkeit und kaum eine Partei, die bestrebt wäre, dieses augenscheinliche Unrecht zu beseitigen. Auch Uhry, der sonst gegen alle Korruptionserscheinungen scharf ankämpft, geht von diesem Unrecht aus, um für Frankreich aus dem Saargebiet möglichst viel Kapital herauszuschlagen.

Neuerdings betätigt sich auch Jean Revire als interessierter Saarpolitiker in der französischen Presse. Er gehört zu jenen französischen Journalisten, die in den verschiedensten französischen Blättern unentwegt die Scharfmacherpolitik gegen Deutschland betreiben. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß er die Maßnahmen der französischen Regierung hinsichtlich des Abbaus des Generaldirektors Defline von der französischen Grubenverwaltung und von rund 40 französischen Beamten und Angestellten stark kritisierte. Er ist mit dieser Maßnahme des französischen Arbeitsministers de Monzie durchaus nicht zufrieden, weil er offenbar mit dem Abbau französischer Beamten fürchtet, daß darunter die französische Propaganda leidet. Er ist auch außerordentlich unzufrieden darüber, daß diese dem Abbau verfallenen Beamten und Angestellten mit ihren Familien nun wieder in Frankreich produktive Arbeit leisten müssen, während sie bisher, wie Jean Revire es ausdrückt, „ihre Existenzmittel aus der Fremde holten". Diese Feststellung Revires läßt nur die Auslegung zu, die ja im wesentlichen auch zutrifft, daß diese Herrschaften Frankreich keinen Pfennig kosteten, weil sie aus den den deutschen Saarbergleuten zu wenig gezahlten Löhnen und von Steuergroschen, die die Saargebietsbevölkerung zu viel zu zahlen hat, ein genußreiches und arbeitarmes Leben führen durften. Revire fürchtet zwar, daß diese Abgebauten auch auf französischem Boden kaum produktiver arbeiten werden als im Saargebiet, so daß sie gezwungen sein werden, ihr Kapital anzugreifen. „Der Staat wird dabei nichts verdienen, die französische Wirtschaft wird jedenfalls verlieren." Bestätigt das nicht in jedem Wort die Annahme, daß das Saargebiet das große Heer französischer Nichtstuer in der Zentralverwaltung der Saarregierung wie in der französischen Saargrubenverwaltung durch die Arbeit und Steuergroschen seiner Bevölkerung unterhalten mußte?

Das alles aber ist nicht die Hauptsache. Diejenigen, die geglaubt haben und es zum Teil noch glauben, daß nämlich Frankreich seine Ziele im Saargebiet aufgegeben habe, sehen sich heute enttäuscht. Frankeich hat in seiner Saarpolitik lediglich einen Stellungswechsel vorgenommen. Politisch hat es den Kampf zwar verloren, aber wirtschaftspolitisch hofft es ihn zu gewinnen. Man wird unwillkürlich an den Fehlspruch des Völkerbundes über das unglückliche Oberschlesien erinnert, wenn man heute beobachtet, wie man im Saargebiet wirtschaftspolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund zu schieben versucht, um sich über die politischen Gesichtspunkte hinwegzusetzen. Gerade was man in den letzten Tagen über das französisch-polnische Intrigenspiel im Völkerbund erlebt hat, muß Deutschland veranlassen, mit größter Aufmerksamkeit das französische Tun im Saargebiet zu beobachten.

Keine Verwischung der Kampfziele.

„Der Kampf um das Saargebiet muß ein gesamtdeutscher, darf kein parteipolitischer sein." Das war der Hauptleitgedanke für die saarpolitische Arbeit der politischen Parteien des Saargebiets, war der Richtungspunkt für die Arbeit des Bundes der Saar-Vereine, war die Richtschnur für die politische Haltung des „Saar-Freund". Mit Parteipolitik ist das Saargebiet nicht zu retten, wer sich dieser klaren Erkenntnis nicht unterwerfen will, sollte auf dem saarpolitischen Kampfplatz nicht geduldet werden. Das gilt für jeden einzelnen, wie für jede Partei. Die Verquickung von Partei- und Saarpolitik ist unmöglich. Deshalb haben alle Parteien des Saargebiets Wert darauf gelegt, ihre Kampfreihen von Persönlichkeiten sauber zu halten, deren saarpolitische Einstellung nicht ganz einwandfrei feststand.

Es hat in allen Parteien Persönlichkeiten gegeben, die Konjunkturpolitik zu treiben versuchten. Sie sind in den meisten Fällen, wo ihr Streben erkannt wurde, vor die Tür gesetzt worden. Nicht immer hat sich das reibungslos vollziehen können, weil das Treiben gewisser Kreise ebenso geschickt wie undurchsichtig war.

Seit Jahren ist die eigenartige Tätigkeit des Leiters der Schulabteilung der Saarregierung, Ministerialrats Dr. Notton, Gegenstand lebhafter Kritik. Als ehemaliger Geistlicher und eifriges Mitglied der Zentrumspartei war es für diese Partei nicht ganz einfach, hier die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Die — überwiegenden — Kreise innerhalb der Partei, die keine Verwischung der Kampfziele dulden wollen, setzten sich durch und erklärten Dr. Notten nicht mehr zur Partei gehörend. Die Nottonfreunde meldeten sich, trotzdem das einwandfreie Material gegen ihn sprach. Mit diesen Strömungen setzte sich in einer großen öffentlichen Zentrumsversammlung am 31. Januar in Saarbrücken der bekannte und bewährte Saarzentrumsführer, Rechtsanwalt Steegmann, auseinander. Er sagte u. a.:

Wir müssen hier im Saargebiet Politik auf dem Boden der gegebenen Tatsachen treiben. Das Saarvolk ist politisch entrechtet, es entbehrt jedes demokratischen Rechtes; es wird durch eine Mehrheit von Ausländern rein absolutistisch regiert. Das politische Ziel für die Saarbevölkerung ist gezeichnet. Vor allem darf die saarländische Zentrumspartei

keinen kulturellen Vorteil auf Kosten des Deutschtums

erkaufen. Dieser politische Kampf bedeutet keinen Chauvinismus, er ist Gewissenspflicht jedes deutschen Saarländers. Der Kampf muß klar geführt werden. Das Ziel duldet keine Verwischung. Das Zentrum hat diesen Kampf bis zur Stunde einwandfrei gekämpft. Insbesondere hat sich die Presse darin bewährt. Auch die Einheitsfront hat sich im Saargebiet bewährt. Jeder Politiker in der ganzen Welt erkennt heute das Unrecht, das dem Saargebiet zugefügt worden ist. Jede politische Errungenschaft im Lande ist diesem geschlossenen Zusammenstehen des Saarvolkes zu verdanken. Ich bedauere nichts mehr, als daß die sozialistische Partei nicht mehr mit uns Schulter an Schulter steht. Nichtsdestoweniger wird unser Bestreben nie erlahmen, unser schönes Saartal im Jahre 1935 dem deutschen Vaterlande wieder zuzuführen.

An diesem klaren Kampfziele können auch einige Unebenheiten in der Partei nichts ändern, die zurzeit bestehen. Sie hängen zusammen mit der

Person des Ministerialdirektors Herrn Dr. Notton,

der es verstanden hat, einen Teil des Klerus in Gegensatz zur Partei und ihrer hiesigen Presse zu bringen. Herr Dr. Notton hat sich seit dem Falle Muth nicht mehr um die Zentrumspartei gekümmert, während er vorher in den vordersten Reihen stand. Alle anderen am Falle Muth beteiligten Politiker haben ein offenes Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt. Wegen der erfolgenden Angriffe war das eine Notwendigkeit. Herr Dr. Notton schwieg, hat bis heute geschwiegen. Der als ausgesprochener Französling bekannte Kultusminister Graf Moltke-Hultfeld machte ihn zum Ministerialdirektor der Abteilung für Schulen und Kultus. Mit dieser Berufung hat die Zentrumspartei nichts zu tun. Sie hat in der Folge sogar den Beschluß gefaßt, daß Dr. Notton als außerhalb der Partei stehend zu betrachten sei. Mit dieser Tatsache sollte Herr Dr. Notton eigentlich die Partei nicht mehr zu beschäftigen brauchen. Denn er gehört ihr nicht mehr an. Ich persönlich bin als Politiker ein ausgesprochener Gegner des Herrn Dr. Notton, weil eben seiner Politik die klare deutsche Linie fehlt. Trotzdem habe ich Dr. Notton als Politiker in der Oeffentlichkeit nicht bekämpft. Dagegen habe ich als Anwalt ihm entgegentreten müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung bestellte mich im Disziplinarverfahren unseres Bürgermeisters zu dessen Verteidiger. Dieses Disziplinarverfahren ist ein Streit Notton — Reikes und ist auf Dr. Notton zurückzuführen. Es verfolgt den Zweck,

Dr. Reikes aus dem Amte zu bringen.

Den ersten Kommunalbeamten des Saargebietes, einen kerndeutschen Mann und tüchtigen Fachmann, will also Dr. Notton aus dem Saargebiet jagen. Es ist meine Pflicht als Anwalt, mein ganzes Können in den Dienst meines Klienten zu stellen. Das habe ich im Falle Notton — Reikes getan und sonst nichts. Die Zentrumspartei steht dabei nicht im Zusammenhang. Unangenehme Schritte für Dr. Notton wären nicht erfolgt, wenn man es bei dem freisprechenden Urteil der ersten Instanz belassen hätte. Man hat aber sofort Berufung eingelegt. Dr. Notton will also nunmehr sein Ziel, Dr. Reikes aus dem Amte zu bringen, was deutsche Richter ablehnten, mit Hilfe ausländischer Beamten erreichen. Ich hege die Hoffnung, meine Damen und Herren, daß auch diese Richter Recht und Gerechtigkeit walten lassen. Hatte aber der Bürgermeister nach diesem Vorgehen Dr. Nottons noch Veranlassung, Dr. Notton zu schonen? Dr. Notton wurde später in einem Prozesse gegen das „Saarlouiser Journal" dadurch bloßgestellt, daß ehrenhafte Männer als Zeugen beschwören mußten, er habe auf kirchenpolitischem Gebiete separatistische Tendenzen verfolgt. Auch hier war ich Verteidiger des beleidigten Bürgermeisters. Wenn man mich deshalb zur Rechenschaft ziehen will, so sehe ich diesem Beginnen mit Ruhe entgegen. Ich weiß, daß man sogar vor persönlichen Verleumdungen nicht zurück-

geschreckt ist. Auch das sicht mich nicht an. Was ich als Anwalt für Dr. Neikes getan habe, werde ich vertreten. Wenn mich die Partei deshalb nicht mehr will, so muß ich das ertragen. Ich kann auch ohne Politik leben. Wogegen ich mich hier in der Oeffentlichkeit wende, ist die

Unruhe und Zwiespältigkeit,

die man in die Partei trägt, wegen einer Person und einer Sache, die die Partei nichts angeht. Man erweist auch sich und dem katholischen Saarvolke keinen Dienst, wenn man hier und da verlangt, daß der bischöfliche Stuhl sich schützend vor Dr. Notton stelle. Ich wende mich ferner gegen die zahlreichen Indiskretionen, die vorkommen. Die Partei-Ausschußsitzungen sind streng vertraulich. Was soll man dazu sagen, wenn eine Stunde nach Schluß solcher Sitzungen Herr Dr. Notton über alles unterrichtet ist, was verhandelt wurde. Ist da noch gesunde Parteipolitik möglich? Dieser Zustand muß aufhören. Das Volk lehnt Dr. Notton ab. Will die Partei auf meinen Rat hören, dann kümmere sie sich um Dr. Notton nicht, sondern wende sich positiver Arbeit zu. Gerade die tut der Partei not, man schule das Volk und vor allem die Jugend, für die viel zu wenig im allgemeinen geschieht.

Der große Beifall, den Dr. Steegmann mit seinen Ausführungen fand, bewies, daß man mit ihm keine Verwischung der Ziele im saarpolitischen Kampf wünscht.

Frankreichs zerschellte Hoffnungen.

Die Saarregierung im Schlepptau Frankreichs.

Der bekannt Saarbrücker Großkaufmann und Landesratsabgeordnete Richard Becker sprach kürzlich in einer Zentrumsversammlung über die Tätigkeit des Saarlandesrats. Aus seinen bemerkenswerten Ausführungen geben wir folgendes wieder:

Die Aufgabe des Landesrates ist die, eine einheitliche, zielbewußte Politik zu führen, deren einziges und letztes Ziel immer die Befreiung des Saargebietes sein muß. Der Landesrat wartet heute noch auf die Auswirkungen von Locarno. Es muß und kann sich weiter auswirken. Die Saargebietesfrage kann erst dann diskutiert werden, wenn die Frage des besetzten Rheinlandes geregelt ist.

Der Redner wandte sich dann der Tätigkeit der Regierungskommission zu, worüber u. a. folgendes sagte:

Die Regierungskommission hat der französischen Zollverwaltung noch mehr Recht zugebilligt, als ihr durch den Versailler Vertrag zusteht, indem sie auch die französischen Ein- und Ausfuhrverbote und teilweise die französischen Steuergesetze unter das Zollregime gerechnet hat. Auch der Bergwerksverwaltung hat sie starke einseitige Rechte eingeräumt Ich erinnere nur an die Wohnungsvorlage und später an das berühmte Steuerabkommen.

Die Regierungskommission ist selbst nicht mehr Herrin im eigenen Hause und die Geister, die sie gerufen hat, wird sie nicht mehr los. Im Saargebiet regiert nicht die Regierungskommission, sondern es kommandieren und regieren der französische Zollfiskus, die Bergwerksverwaltung und das französische Militär. Seit einem Jahre hat die französische Zollbehörde kurzerhand vier neue Steuern eingeführt, natürlich ohne den Landesrat zu befragen. An der Grenze wird von einer Reihe Waren Luxussteuer erhoben, obwohl eine gesetzliche Grundlage dafür im Saargebiet nicht besteht. Die Regierungskommission duldet diesen Zustand stillschweigend. Man muß hier unwillkürlich an den bekannten Spruch denken: Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Es ist ein gewaltiger Verstoß gegen die Aufgabe, die der Völkerbundsrat der Regierungskommission mit so klaren, eindeutigen, zweifelsfreien Worten vorgezeichnet hat, indem er ihr, als sie im Jahre 1920 hier einzog, die Instruktion gab, daß sie weder andere Interessen, noch eine andere Pflicht kennen dürfe, als die Wahrung der Wohlfahrt der Saarbevölkerung. Von einer solchen Regierungskommission ist nichts mehr zu erwarten. Der Landesrat muß daher alle seine Hoffnungen auf die neue Regierungskommission setzen, soll Locarno nicht eine Enttäuschung für uns bedeuten. Ein langer Kampf ist nötig, allein um den uns vertraglich garantierten Rechtszustand herbeizuführen.

Die Regierungskommission hat versucht, den Mitgliedern des Landesrates in mancher Beziehung einen Maulkorb vorbinden zu lassen, aber gerade das Zentrum hat sich in keiner Weise behindern lassen, die Wahrheit zu sagen. Das große Ziel für den Landesrat ist die vollständige Befreiung und Rückgabe des Saargebietes.

*

Zerschellt an der deutschen Einheitsfront an der Saar.

In St. Ingbert fand am 31. Januar eine große Zentrumstagung statt, auf der u. a. auch der Reichstagsabg. Hofmann-Ludwigshafen sprach. Von allgemeinem Interesse waren die Ausführungen, die der Gewerkschaftsführer Landesratsabgeordneter Kiefer machte. Ausgehend von der Zentrumspolitik seit Kriegsende führte er u. a. aus:

Das Saargebiet sei das besondere Opfer des Versailler Vertrages geworden. Ohne es zu hören, habe man es der deutschen, bayerischen und preußischen Staatshoheit entzogen, und erst nach 15 Jahren wolle man es vor die Wahl stellen, ob es wieder dem deutschen, ob es dem französischen Staate angegliedert oder ob es autonom werden wolle. Aus der frankophilen Haltung der Regierungskommission hätten sich für das Zentrum als nationale Partei wichtige Aufgaben ergeben. Sie habe keine Konjunkturpolitik getrieben, sondern habe immer das Ziel im Auge gehabt, das Streben der französischen Politik nach Lostrennung des Saargebietes vom Reichsganzen zu vereiteln. Trotz Versailler Vertrag sei das französische Militär im Saargebiet verblieben, um durch die Schikanen gegenüber der Bevölkerung diese mürbe zu machen; der französische Kapitalismus wollte die Saarkohlenschätze für immer mit dem lothringischen Eisenerz verbinden. Dafür habe Frankreich so leidenschaftlich auf der Friedenskonferenz gekämpft, deswegen sei die Lüge von den 150 000 Saarfranzosen erfunden worden, und doch habe Frankreich nur unter ungeheurem Verlust an Prestige und Geld seine Hand für 15 Jahre auf das deutsche Saargebiet legen können. Die Arbeiterschaft sollte mit allerlei Pöstchen, mit Franken und Lebensmitteln geködert werden. Die deutsche Kinderseele sollte durch die französische Schule der deutschen Kultur entfremdet werden. Dieser Plan habe versagt.

Die Haltung der Bergarbeiterschaft habe die französischen Ziele vereitelt. Die Regierungskommission selbst habe diese Machenschaften der Bergwerksdirektion unterstützt und die deutsche Bevölkerung mit den französischen Interessen verbinden wollen. Sie habe das Selbstbestimmungsrecht der Kommunen beschränkt, wo sie nur konnte, habe die Sozialversicherung des Saargebietes von der des Reiches getrennt. Habe sie vielleicht für die Rentner gesorgt? Sind die Zollschranken des Saargebietes vielleicht in deutschem Interesse für die Saarbevölkerung errichtet worden? Saarbund und überhaupt die allseitige französische Propaganda sollten nur die Interessen der Regierungskommission und Bergwerksdirektion vertreten helfen.

An der Einheitsfront des Saargebietes sei der Machtspruch von Versailles zerbochen: wenn es vorwärts geht, wenn das französische Militär unsichtbar geworden ist und verschwinden wird, dann hat das konsequente Verhalten der Zentrumspartei das seine dazu beigetragen, hat denen die Augen geöffnet, die den Willen des Saarvolkes umändern wollten. Die Lage im Saargebiet sei heute geklärt, Frankreich brauche nur noch „die elegante Lösung" zu suchen. „Wir haben keinen Haß gegen die Franzosen, wir bedauern nur, daß es sich in dieses Unternehmen stürzte, das Deutsche und Franzosen nur weiter entfremden konnte. Frankreich hat das Elsaß noch nicht verdaut, das Saargebiet aber würde es nie verdauen."

Dann kam Kiefer auf die Meldungen über die Kandidatur eines Engländers für die Präsidentschaft in der Saarregireung zu sprechen und machte dabei folgende Ausführungen: Diese Meldung wurde mit einem Aufatmen der Saarbevölkerung begrüßt. Wenn Frankreich die Saarpolitik entlastet und ein Engländer Präsident wird, der willens und von seinem Lande beauftragt ist, objektiv und im Sinne seines Treuhänders seine Aufgabe durchzuführen, so könne das den deutsch-französischen Beziehungen nur dienlich sein und den europäischen Frieden befestigen. Das Saargebiet sei und bleibe deutsch, und dieser Tatsache müsse man endlich einmal Rechnung tragen.

Die wirtschaftliche Lage der Angestellten der Saargruben.

Aus Kreisen der Bergbeamten des Saargebiets wird uns nachstehendes geschrieben:

„Als Ersatz für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich sind dem französischen Staate durch das Versailler Diktat die Saargruben frei von Lasten und Verpflichtungen als Eigentum zugesprochen worden. Die Uebergabe der Gruben fand am 10. Januar 1920 statt. Etwa gleichzeitig ging die Verwaltung des Saargebietes vom Deutschen Reich bzw. von Preußen und Bayern auf den Völkerbund über, der eine Regierungskommission einsetzte, die auf das Wohl der Bevölkerung bedacht sein und Frankreich die volle Ausbeutung der Saargruben sichern solle, bis eine Volksabstimmung im Jahre 1935 dem Völkerbundsrat die Unterlagen für eine Entscheidung gibt, ob der bisherige Zustand beibehalten oder das Saargebiet zu Frankreich oder wieder zu Deutschland kommen wird. Eine vorherige Vereinbarung zwischen Frankreich und Deutschland zur Lösung der Saarfrage ist jedoch zugelassen. Auch das Rückkaufsrecht Deutschlands an den Saargruben im Falle der Wiedervereinigung des Saargebietes mit ihm ist gewährleistet.

Die preußischen und bayerischen Staatsbeamten der Saargruben und die Angestellten haben nicht nur wie die übrigen Saargebietsbewohner die politische Abtrennung vom Vaterlande auf sich nehmen müssen, sondern wurden auch mit ihrer Existenz dem französischen Staate überantwortet. Sie blieben fast restlos im Saargebiet und nur eine kleine Zahl meist höherer Bergbeamten ließ sich, als die Franzosen die Herrschaft auf den Saargruben übernahmen, nach dem unbesetzten Gebiet versetzen. Die preußische und bayerische Staatsregierung wünschte das Verbleiben der mittleren und unteren deutschen Beamten und Angestellten ausdrücklich, und die französische Regierung mußte großen Wert auf ihr Verbleiben legen, wenn sie die reichen Bodenschätze der Saargruben günstig ausbeuten wollte. Daher gab der französische Staat sich zunächst auch den Anschein, als wolle er die Sicherstellung der Beamtenrechte übernehmen und in einem besonderen Staatsvertrag mit der Reichsregierung regeln. Ja, man versprach französischerseits sogar die Lage der Grubenbeamten wesentlich zu verbessern. Erst auf Grund solcher Zusagen, die das wirtschaftliche, soziale und geistige Gebiet der Beamten betrafen, traten sie in französische Dienste, und zwar mit ausdrücklicher Genehmigung ihrer Heimatsregierungen. Aber nachdem man die Beamten mit Versprechungen gefangen hatte, lehnte man französischerseits Verhandlungen mit dem Reiche über die Regelung des Uebertritts ab. Es kam zu keinem Staatsvertrag und es entstand eine in vielen Beziehungen ungekärte Rechtslage, die sich später für die Uebergetretenen sehr nachteilig auswirkte. Im August 1920 wurden den Beamten und Angestellten (nachdem die Bergarbeiter bereits Franken erhielten) Frankengehälter aufgezwungen, die anfangs einen höheren Wert als die Markgehälter hatten, mit der allgemeinen Einführung der französischen Währung jedoch auch für die Grubenbediensteten wirtschaftliche Not größeren Umfanges brachten. Bei einer Geldentwertung von 100 Prozent und einer Steigerung der Lebenshaltungskosten um 56 Prozent sind seit August 1920 die Gehälter der schlecht bezahltesten Angestellten und Beamten nur um 29 Prozent gestiegen. Das Prozentverhältnis für die höheren Beamten ist noch ungünstiger. Ein Steiger hat z. B. im Anfangsgehalt, auf das er in der Regel 3 Jahre angewiesen ist, mit allen Zulagen, jedoch ohne Prämie, gegenwärtig nur rund 125,— M. Gehalt monatlich und sein Endgehalt beträgt nach 18 Jahren nur rund 200,— M. Die Unsicherheit der französischen Währung bringt es mit sich, daß die Gehaltskämpfe nicht abreißen. Dabei bleibt den Bergbau-Angestellten und Beamten nur die Selbsthilfe übrig.

Große Schwierigkeiten werden auch der Vertretung der wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der Beamten entgegengestellt. Fast 5 Jahre lang hat die französische Grubenverwaltung es grundsätzlich abgelehnt, den Geschäftsführer des Verbandes der Grubenbediensteten zu Verhandlungen zuzulassen, und erst das Anwachsen der Organisation zu einem Machtfaktor brachte eine Aenderung. Seitdem wurden wiederholt Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat und dem Minister für öffentliche Arbeiten geführt; jedoch ohne nennenswerten Erfolg. Daß die französische Regierung ihre feierlich gegebenen Versprechungen nicht gehalten hat, geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß 1914 das Endgehalt eines Steigers ohne Prämie und Sozialzulagen umgerechnet monatlich 82 Dollar betrug, 1920 nach Einführung der Frankenbesoldung noch 65 Dollar und jetzt nur noch gut 40 Dollar.

Auch inbezug auf die Alters- und Hinterbliebenenversicherung ist ein Zustand eingetreten, der mit den Versprechungen in schärfstem Widerspruch steht. Den Beamten war zunächst ausdrücklich versprochen worden, daß sie bezüglich der Pensionen so gestellt werden sollten, als ob sie preußische oder bayerische Beamte geblieben wären. Die französischen Pensionen der inzwischen in den Ruhestand getretenen Beamten betragen aber nur etwa 30 Prozent der entsprechenden deutschen Pensionen. Die Witwenpensionen sogar nur 25 Prozent hiervon. Die französische Grubenverwaltung blieb allen Vorstellungen gegenüber, die an ihre Verpflichtungen und Versprechungen erinnerten, auf einem ablehnenden Standpunkt stehen, sodaß eine Klage angestrengt werden mußte, die aber bei der sonderbaren Rechtsprechung im Saargebiet nicht zum Erfolge der Kläger führte. Auf langes und andauerndes Drängen wurde dann eine Ausgleichsunterstützung für die französischerseits pensionierten Beamten und Witwen von der Heimatregierung erreicht, sodaß die Ruhestandsbeamten der französischen Bergverwaltung durch die Hilfe der Vaterlandes wenigstens vor der bittersten Not bewahrt bleiben.

Die Angestellten (nicht früheren Staatsbeamten sind bezüglich ihrer Alters- und Hinterbliebenenversorgung noch schlechter gestellt. Schon seit Abtrennung der Sozialversicherung des Saargebietes von der des Reiches kämpfen die Angestelltengewerkschaften um Pensionen, die den im Reiche gezahlten etwa gleich kommen Jedoch fast völlig vergebens. Das stärkste Hemmnis hierbei war und ist die französisch eingestellte Regierungskommission, die auch zu Leitern der Sozialabteilung Franzosen bestellte. Hinzu kommt, daß der Haupteinfluß auf die Sozialabteilung die französische Bergverwaltung ausübt. Wie dort gearbeitet wurde, zeigt z. B. die Tatsache, daß 1 Jahr nach der Abtrennung der Angestelltenversicherung von der des Reiches noch keine Rentenformulare vorhanden waren. Den fortwährenden Bemühungen der in Frage kommenden Gewerkschaften ist es endlich gelungen, eine Aufbesserung der Angestelltenversicherungsleistung zu erreichen. Immerhin stehen die Leistungen aber noch über die Hälfte gegenüber denen der Reichsangestelltenversicherung und über 60 Prozent hinter den Mindestleistungen des Reichsknappschaftsgesetzes zurück.

Auch in sozialrechtlicher Beziehung sind wir im Saargebiet gegenüber früher nicht vorwärts gekommen. Zwar ist vor etwa einem halben Jahre eine Arbeitskammer geschaffen worden; aber sie hat nur sehr geringe Rechte, sodaß ein fruchtbares Arbeiten fast unmöglich ist. Ferner fehlt immer noch die Anerkennung von Berufsvertretungen, die völlige Einführung der Betriebsvertretungen, ein Tarifrecht und ein obligatorisches Schlichtungswesen. Dabei sind die technischen Betriebsangestellten auch noch von der Zuständigkeit der Gewerbegerichte ausgeschlossen und müssen bei Streitigkeiten aus dem Berufsverhältnis den kostspieligen und langsamen Weg der ordentlichen Gerichte gehen, bei denen auch noch die sachlichen Beisitzer durchweg fehlen. Zu all diesen Schwierigkeiten der technischen Angestellten kommt noch, daß sie sozusagen Puffer zwischen der französischen Oberleitung der Gruben und der deutschen Belegschaft sind. Sie stellen gewissermaßen Fronvögte einer landesfremden Verwaltung dar und sollen gegen Bluts- und Stammesbrüder im Arbeitskittel vorgehen. Auch wurde mehrfach versucht, die Abhängigkeit der Beamten und Angestellten in ihrer Existenz zu französischen politischen Zwecken auszunutzen. Die Erfolge dieses Mißbrauches der wirtschaftlichen Macht des Arbeitsgebers sind aber sehr gering geblieben. Und der unter unablässiger Mobilisierung der öffentlichen Meinung unternommene Versuch, einen französisch eingestellten „Saarbund" ins Leben zu rufen und zur Organisation für das gesamte Grubenpersonal zu machen, ist in der Hauptsache durch die Ablehnung der Arbeiterverbände und der Beamten so gut wie restlos mißglückt, obschon man mit Zuckerbrot und Peitsche für ihn arbeitete.

Alles in allem stehen die technischen Angestellten der Saargruben trotz großer wirtschaftlicher und seelischer Not doch noch mit gesundem, frohem Optimismus da. Sie sind bereit, zu kämpfen wie bisher für die Erhaltung ihrer Existenz, für ihre Rechte und nicht zuletzt für ihre kulturellen Güter. Mit Sehnsucht sehen sie der Stunde entgegen, die die Befreiung von hartem Joch und bitterer Fron durch die Wiedervereinigung des immer deutsch gebliebenen und immer deutsch bleibenden Saargebietes mit dem Vaterlande bringen wird. Sie erwarten aber auch, daß ganz besonders die verantwortlichen Regierungsstellen des Reiches und Preußens und Bayerns den auf ihren Wunsch im Saargebiet verbliebenen Beamten und Angestellten der Saargruben das weitere Aushalten zu erleichtern suchen und vor allem ihre Rechte in Bezug auf die Eingruppierung in Gehaltsstufen, Beförderung und Pensionierung sichergestellt werden, sowie daß auch ein wirtschaftlicher Ausgleich zu erreichen versucht wird.

Um die Gehälter der Saarbeamten.

Im Rahmen der Baden-Badener Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Saarregierung wurden bekanntlich auch die Gehälter der Saarbeamtenschaft besprochen. Dabei ist es zu einer grundsätzlich einhelligen Auffassung gekommen, ohne daß Näheres darüber bekannt wurde. Erst durch eine von der Saarregierung versuchte Zwischenlösung erfuhr man, daß die Saarregierung sich zu einer Neuregelung der Gehaltsverhältnisse für die Saarbeamtenschaft erst nach Wiederherstellung gesicherter stabiler Währungsverhältnisse im Saargebiet bereit finden lassen will. Daß damit der jetzigen Notlage der Saarbeamtenschaft nicht Rechnung getragen, vielmehr die Mißstimmung nur gesteigert werden muß, ist erklärlich. Aus diesem Grunde hat die Deutsch-Saarländische Volkspartei eine Eingabe an die Regierungskommission des Saargebiets und an die Reichsregierung gerichtet, in der folgende Klagen und Verbesserungsvorschläge zur Kenntnis gebracht werden:

1. Die Regierungskommission des Saargebietes will nach dem geplanten Baden-Badener Abkommen „tunlichst bald nach Wiederherstellung gesicherter stabiler Währungsverhältnisse im Saargebiet die nicht örtlich abgestuften Teile der Besoldung der deutschen Beamten (zurzeit Grundgehalt und Sozialzulagen) nicht ungünstiger gestalten als nach den deutschen Bestimmungen". Diese Absicht wird sich, soweit man die augenblickliche Wirtschaftsentwicklung im französischen Währungsgebiet verfolgen kann, in absehbarer Zeit nicht verwirklichen. Aber selbst wenn angenommen werden könnte, daß die französische Währung einer baldigen Stabilisierung entgegengehe, ist in dieser Zusicherung des Artikels 3 durch das Wort „tunlichst" eine feste Bindung der Regierungskommission vermieden worden. Wir erblicken in dieser Regelung daher eine Schmälerung des Rechtszustandes, den die Regierungskommission durch das Beamtenstatut vom 16. 3. 1920 und die deutschen Reichs- und Landesregierungen durch die Kabinettsbeschlüsse und Ministerialerlasse vom 28. 9. 1920 (Reich), 23. 10. 1920 (Preußen) und 2. 12. 1920 (Bayern) gegeben haben.

Die Regierungskommission des Saargebietes versucht nun bis zur endgültigen Regelung der Beamtenbesoldungsverhältnisse

eine Zwischenlösung

in Kraft treten zu lassen. Sie berechnet die Besoldung der Saarbeamten auf Grund eines besonderen Gruppenvergleichs nach der Besoldungsordnung des Deutschen Reiches und bestimmt die Höhe der Frankenauszahlung nach einem Umrechnungskurs, den sie bis auf weiteres 4,4 festgesetzt hat. Diesen Umrechnungsfaktor von 4,4 will die Regierungskommission nach einem bestimmten Verfahren zur Feststellung des Teuerungsindex errechnet haben. Aber selbst wenn der für Dezember 1925 errechnete Umrechnungsfaktor von 4,6 angenommen worden wäre, erschiene diese Regelung als durchaus ungenügend. Denn der Teuerungsindex ist nach unserer Auffassung erheblich höher, und selbst ein Umrechnungsfaktor von 4,6 wäre in keiner Weise imstande, der augenblicklichen Notlage der Saarbeamten Rechnung zu tragen.

Wie außerordentlich ungerecht sich die Annahme eines Umrechnungskurses von 4,4 auswirkt, zeigt sich am deutlichsten darin, daß sich bei der neuen Berechnung

für die unteren Beamtengruppen niedrigere Gehälter

ergeben als nach der bisherigen Besoldungsordnung. Für diese Beamtengruppen ist natürlich die neue Regelung ganz untragbar, sie widerspricht dazu den elementarsten Grundlagen des Beamtenrechtes, weil dadurch jede Basis für ein angemessenes Realeinkommen genommen ist. Die Eingabe verlangt, daß den untersten Beamtengruppen ein Gehalt zugebilligt wird, das ihnen in ausreichendem Maße eine Existenzmöglichkeit bietet.

Den Forderungen der Beamten würde dadurch am besten Rechnung getragen, daß man den Durchschnittskurs des französischen Franken gegenüber der Goldmark am Tag der Fälligkeit der Gehaltsbezüge zur Grundlage der Gehaltsauszahlung nähme. Eine solche Regelung würde nichts weiter bedeuten, als die Ausdehnung des in Artikel 10 für die Pensionsrücklagen der Baden-Badener Vereinbarung anerkannten Grundsatzes auf die gesamte Beamtenbesoldung.

2. Weiter halten wir die Forderungen der Beamten auf Gewährung

örtlicher Sonderzuschläge

wie im besetzten Gebiet für berechtigt. Wir schließen uns hier dem Antrag der Beamtenverbände auf Gewährung eines örtlichen Sonderzuschlages in Höhe von 10 Prozent an.

3. So sehr der in Baden-Baden erfolgte Gruppenvergleich vom Standpunkt der grundsätzlichen Festsetzung der Grundgehälter in der Saarbeamtenschaft begrüßt werden muß, so wenig kann man sich mit der in diesem Fall erfolgten Art der Regelung einverstanden erklären. An der Besoldungsreform müssen alle Beamten gleichmäßig Anteil haben. Insbesondere aber muß darauf hingewiesen werden, daß im Interesse einer allgemein gerechten Behandlung die Zwischengruppen für alle Beamten erreichbar werden, soweit die Berufsbedingungen für die deutschen Vergleichsgruppen erfüllt sind.

4. Ganz untragbare Folgen hat jedoch für die Saarbeamtenschaft die neue Regelung

der Pensionszahlungen.

Die Trennung von Alt- und Neupensionären und die verschiedene Art der Pensionszahlung für diese beiden Gruppen hat beispielsweise zur Folge, daß der Beamte, zum Dank dafür, daß er sich nicht im Jahr 1920 pensionieren ließ, sondern noch mehrere Jahre im Dienst blieb, bei seiner nunmehrigen Pensionierung ganz erheblich weniger erhält, als wenn er 1920 oder vorher sich hätte pensionieren lassen. Eine derartige Lösung der Pensionsfrage ist in hohem Maße ungerecht, und sie hat in der Beamtenschaft des Saargebietes große Verbitterung hervorgerufen.

Wir sind der Auffassung, daß die Regierungskommission verpflichtet ist, da sie die Beamten in ihren Dienst übernommen hat, dafür zu sorgen, daß den Beamten bei ihrer Pensionierung alle die Rechte zuteil werden, die sie sich durch ihre Dienstleistung erworben haben, und daß infolgedessen die ganze Pensionsfrage einer neuen Regelung unterzogen werden muß.

5. Die Regierungskommission des Saargebietes hat, wenn

neue Mittel zur Beamtenbesoldung

angefordert werden, meist entgegengehalten, daß der Haushalt des Saargebietes nicht in der Lage sei, eine weitere Belastung zu ertragen. Wir weisen demgegenüber auf einen von uns im Landesrat gemachten Vorschlag hin, der dahingeht, auch das Vermögen nichtphysischer Personen im Saargebiet zu besteuern. Durch die bisherige Nichtbesteuerung sind dem Saargebiet ganz erhebliche Mittel, auf die es Anspruch hat, verloren gegangen.

Eine weitere Vermehrung der Einnahmen im Saargebietshaushalt wäre, wie wir auch schon wiederholt angeregt haben, durch eine stärkere Heranziehung der französischen Staatsgrubenverwaltung zu den Steuerlasten des Saargebietes zu erreichen.

Fürsorgerechtliche Regelung.

Ueber die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zum Saargebiete ist dem Reichstag ein vom Reichsinnen- und vom Reichsarbeitsminister ausgearbeiteter Gesetzentwurf folgenden Wortlauts zugegangen:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, die fürsorgerechtlichen Beziehungen zum Saargebiet im Wege der Verordnung abweichend von den gesetzlichen Vorschriften zu regeln.

Die Verordnungen bedürfen der Zustimmung des Reichsrats."

In der ausführlichen Begründung zu diesem Gesetzentwurf wird unter anderem gesagt:

Die durch den Vertrag von Versailles herbeigeführte Aenderung der Regierungsform im Saargebiet haben zunächst die armenrechtlichen Beziehungen zwischen den Armenverbänden des Saargebiets und denen des übrigen Reichsgebiets nicht berührt. Eine Aenderung trat erst ein, als die Regierungskommission des Saargebiets durch Verordnung vom 5. Januar 1921 die armenrechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet als gelöst bezeichnete und den Armenverbänden des Saargebiets verbot, armenrechtliche Zahlungen nach dem übrigen Reichsgebiet zu leisten. Der dadurch hervorgerufene mißliche Zustand betraf vor allem die in der Nähe des Saargebiets gelegenen Fürsorgeverbände der Rheinprovinz, des linksrheinischen Bayerns und Oldenburgs, ferner Württembergs, Badens und Hessens. Seit dem 1. April 1924 gilt im übrigen Reichsgebiete die Fürsorgeverordnung, die hinsichtlich der Gliederung der unteren Fürsorgeverbände und der Regelung der auf dem gewöhnlichen Aufenthalte beruhenden endgültigen Fürsorgepflicht eine von dem Unterstützungswohnsitzgesetze gänzlich abweichende Gestalt zeigt, während im Saargebiet das Unterstützungswohnsitzgesetz in Geltung blieb.

Die dadurch hervorgerufene Zwiespältigkeit der Zuständigkeitsregelung hat in beiden Gebieten eine erhebliche Rechtsunsicherheit hervorgerufen, die als eine empfindliche Störung der praktischen Arbeit in der Fürsorge empfunden wird. Auch die Hilfsbedürftigen selbst haben hierunter zu leiden; denn Zweifel über die endgültige Fürsorgepflicht halten erfahrungsgemäß häufig die Fürsorgebehörden davon ab, die aus sozialen Gründen gebotene schnelle Hilfe zu leisten. Die Unmöglichkeit, einen sich auf die Familienwohnung gründenden Uebernahmeanspruch gegenüber dem Saargebiete zur Geltung zu bringen, muß zudem in vielen Fällen zu einer Trennung der im übrigen Reichsgebiet unterstützten Hilfsbedürftigen von ihrem im Saargebiete wohnenden nächsten Angehörigen führen.

Es ist daher dringend erwünscht, hinsichtlich der endgültigen Fürsorgepflicht für Hilfsbedürftige im Saargebiet und im übrigen Reichsgebiete für die Zukunft eine einheitliche, auf der Zuständigkeitsregelung der Fürsorgeverordnung fußende Rechtsgrundlage zu schaffen und zugleich auch die noch nicht erfüllten, auf dem Unterstützungswohnsitzgesetze beruhenden Erstattungsansprüche im Verhältnis zum Saargebiet zu regeln.

Die fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiete waren daher auf Veranlassung der Reichsregierung Gegenstand von Verhandlungen zwischen einer deutschen Delegation und einer Delegation der Regierungskommission des Saargebiets in Baden-Baden im Oktober vorigen Jahres. Die dort erfolgte Abrede über die Regelung der fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Reichsgebiet entspricht abgesehen von einem auf Anregung der Vertreter der Regierungskommission aufgenommenen Absatz, völlig dem deutschen Vorschlag, dem von den Vertretern Preußens, Bayerns, Badens und Oldenburgs bei einer Vorbesprechung zugestimmt worden ist. Nach der dort erfolgten Vereinbarung sollen nicht nur Fälle der Armenfürsorge, sondern auch solche der in dem § 1 Absatz 1 der Verordnung über die Fürsorgepflicht genannten Fürsorgezweige (soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Fürsorge für Rentenempfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, Kleinrentner und ihnen Gleichstehende sowie hilfsbedürftige Minderjährige, Wochenfürsorge) erfaßt werden.

Die in Baden-Baden festgesetzte Abrede bestimmt in Artikel 1, daß die fürsorgerechtlichen Beziehungen zwischen den Armenverbänden des Saargebiets und den Fürsorgeverbänden des übrigen Reichsgebiets sich regeln nach den Vorschriften der Abschnitte C und D der Verordung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924, mit Ausnahme des § 16 Absatz 2 dieser Verordnung, sowie nach den preußischen und bayerischen Ausführungsbestimmungen zu § 12 dieser Verordnung. Der hierzu von der Regierungskommission des Saargebiets vorgeschlagene und von der Reichsregierung anerkannte Zusatz stellt fest, daß der Verkehr in fürsorgerechtlichen Angelegenheiten sich unmittelbar zwischen der Regierungskommission des Saargebiets Abteilung Volkswohlfahrt (Landarmenverband) einerseits und den Bezirks- und Landesfürsorgeverbänden des übrigen Reichsgebiets andererseits vollzieht. Artikel 2 regelt etwa auftretende Streitigkeiten zwischen Armenverbänden des Saargebiets und Fürsorgeverbänden des übrigen Reichsgebiets über die Pflicht zum Kostenersatz und zur Uebernahme nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Unterstützungwohnsitz in der Fassung vom 13. Mai 1908. Das Bundesamt für das Heimatwesen entscheidet in der Besetzung von 5 Mitgliedern, von denen zwei auf Vorschlag der Regierungskommission des Saargebiets ernannt werden. Artikel 3 regelt die Handhabung der Ausweisung von Hilfsbedürftigen, die nicht erfolgen darf, ohne eine wenigstens einstweilen vollstreckbare Entscheidung über die Uebernahmepflicht. Artikel 4 behandelt die Geltendmachung der Erstattungsansprüche, Artikel 5 die Bestimmung des Zeitpunktes der Hilfsbedürftigkeit.

Ein Skandal.

Das Verschwinden des französischen Propagandaorgans ist im Saargebiet allgemein begrüßt worden als ein Zeichen dafür, daß die französische Propaganda in keiner Beziehung im Saargebiet festen Fuß fassen konnte. Um so überraschter und mit Recht empörter war man, als man in der reichsdeutschen Presse über das Eingehen dieses französischen Schandblattes folgende Nachricht fand:

„Der „Neue Saar-Kurier" stellt mit dem heutigen Tage sein Erscheinen ein. Diese Einstellung soll, wie es in dem Leitartikel heißt, „ein Protestschrei sein gegen die ungeheuerlichen Rechts- und Verwaltungsmethoden, die seit über einem Jahr im Völkerbundsland an der Saar eingezogen sind, Verwaltungsmethoden, wie sie schlimmer nicht in einem Kannibalenstaat existieren könnten." Der „Neue Saar-Kurier", dessen drei letzte Hauptschriftleiter bekanntlich vor den saarländischen Gerichten bzw. wegen der gegen sie verhängten Strafen nach Lothringen geflohen sind, führt dann die allein im abgelaufenen Jahr verhängten Beleidigungsstrafen an und die noch schwebenden Strafprozesse, die sich auf 12 belaufen. Der übrige Teil der letzten Nummern des Blattes besteht im wesentlichen aus Satiren und Karikaturen politischer Gegner und saarländischer Verhältnisse."

Es zeugt ebenfalls wieder davon, wie wenig man sich in der deutschen Presse mit den Dingen im Saargebiet befaßt, wie wenig man darüber unterrichtet ist, sonst hätte eine solche unglaubliche Nachricht nicht ohne Kommentar bleiben können. Aus dieser Darstellung muß man den Eindruck gewinnen, als ob der „Neue Saar-Kurier" ein deutsches Blatt gewesen wäre, das durch die „ungeheuerlichen Rechts- und Verwaltungsmethoden der Regierungskommission sein Erscheinen einstellen mußte". Das Unglaublichste aber ist, daß der Verbreiter dieser irreführenden Nachricht das — halbamtliche deutsche Wolffsche Telegraphen-Bureau ist: Man hätte annehmen sollen, daß der Filialleiter in Saarbrücken, dem die Formulierung dieser Nachricht zugeschrieben werden muß, so weit über die Dinge im Saargebiet hätte unterrichtet sein müssen, daß er über das Verschwinden des von Richert gegründeten Propagandablattes eine solche Nachricht hätte ausgeben können, die über die Bedeutung dieser Tatsache hinreichend unterrichten mußte. So ist gerade das Gegenteil erfolgt. Wenn nicht ein anderes Nachrichtenbureau gleichzeitig eine den Tatsachen entsprechende Berichterstattung ausgeübt hätte, dann wäre das Unheil wahrscheinlich noch größer gewesen. Jedenfalls wurden, wir wir aus bester Quelle erfahren, verschiedene Berliner Redaktionen erst auf die Ungeheuerlichkeit der Formulierung der Nachricht des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, durch die andere Nachricht aufmerksam. Daß auch eine gewisse zuständige Stelle sich über die Bedeutung der Wolffschen Nachricht nicht unterrichtet zeigte, sei nur am Rande bemerkt. Das Saargebiet hat wie kein anderes der besetzten und abgetrennten Gebiete ein Anrecht darauf, daß das deutsche Volk durch seine amtlichen Organe wenigstens wahrheitsgemäß über die Vorgänge an der Saar unterrichtet wird. Was sich hier zugetragen hat, kann nur als ein Skandal bezeichnet werden.

Der „Neue Saar-Kurier" hat, wie wir mitteilten, sein Erscheinen einstellen müssen, weil ihm die bisher zugeführten französischen Unterstützungsgelder nicht mehr weiter gezahlt wurden. Obwohl man auf französischer Seite die völlige Nutzlosigkeit der aufgewandten Mittel anerkannte, war man offenbar in einem Teil der Saarbrücker Geschäftswelt nicht der gleichen Meinung. Auch die letzte Nummer des „Neuen Saar-Kurier" erfreute sich der Unterstützung einer Reihe von Geschäftsleuten, die ihm in Form von Anzeigen zugeführt wurde. Der Kopf der letzten Nummer des Blattes zierte wie seit Monaten eine Anzeige des Walsheim-Bräu in Walsheim, „Das Bier der Kenner". Dann folgt als nächste Anzeige eine von der Mundwasserfabrik Odol und dann auf den nächsten Hauptanzeigenseiten die folgenden: Bank für Saar- und Rheinland A.-G., Saarbrücken, Normalzeit-G. m. b. H., Saarbrücken; Hans River, Möbelhaus, Saarbrücken 3, Nauwieserstr. 50; Möbelhaus Ed. Schmidt, Bahnhofstraße 34; Wäschehaus Salomon Malz, Trierer Straße 18; Hotelrestaurant Monopol; Urban Both, Saarbrücken 3, Bismarckstr. 7; Emil Schäffer, Saarbrücken 1, Schloßberg 9, 1. Etg.; Joh. Ackermann & Söhne A.-G., Straßenumbau, Jägersfreude; Hotel-Restaurant „Zum Löwen", Besitzer Heinrich Metz, Saarbrücken 3, Marktplatz 6; Schopp, Saarbrücken 3, Bahnhofsstraße 44; Bamberger & Hertz, Saarbrücken 3, Bahnhofstraße 36; Stadt-Theater, Tivo, Otto Hunsicker, Installationsgeschäft und Apparatebau, Saarbrücken 3, Großherzog-Friedrichstraße 73; Versandhaus Blank, Rothenburg o. T.; L. Haddenhorst, Hannover, Bonifaciusplatz 2; Kredit-Waren A.-G., Dudweiler Str. 41; Fahrrad- und Maschinen-Industrie A.-G., Trierer Straße 47; L. Geitner, Bahnhofstraße 62; Clou Tanzpalast; Café Atlantic, Futterstr. 12; Verlag Justus Perthes in Gotha; Banque du Rhin, Saarbrücken 3, Viktoriastraße 14; Müller & Pirrong, Saarbrücken 3, Saarbrücker Klischeefabrik G. m. b. H., Bahnhofstr. 11; Central-Cinema; Berta Rebhuhn-Kischkies, Eisenbahnstraße 21.

Auch ein Skandal!

Chefredakteur Mathias Bretz †.

Von Karl Ollmert-Fulda.

Die Nachricht von dem Tode Mathias Bretz, des langjährigen Hauptschriftleiters der „Saar-Post“ (jetzigen „Saarbrücker Landeszeitung“) hat jeden, der ihn näher kennen lernte, sicherlich recht schwer getroffen; denn mit ihm ist ein Mann heimgegangen von echtem deutschen Schrot und Korn, dessen Name mit der neueren Geschichte des Saargebietes dauernd verknüpft bleiben wird. Es ist hier nicht der Platz, auf die Bedeutung des Verstorbenen für das Saargebiet auf wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem und parteipolitischem Gebiete einzugehen. Das mag anderswo oder später einmal geschehen. Nur das eine darf in dieser Beziehung auch hier gesagt werden: Mathias Bretz war stets ein ehrlicher, politischer Kämpfer und Gegner, der nur das Beste des Volkes und Vaterlandes erstrebte. Gewiß führte er eine scharfe Feder und sprach er eine deutliche und eindeutige Sprache. Aber Haß und Unehrlichkeit kannte er nicht; ja er war nicht nur jederzeit zur Duldung Andersdenkender bereit, sondern bemühte sich auch, ernsthaft diese zu verstehen. Das wird der gern bestätigen, der mit ihm in persönliche Berührung gekommen ist. Für ihn gab es keine höheren Ideale als Religion und Vaterland. Ein ebenso treuer Sohn wie er seinem Gott und seiner Kirche war, war er auch stets seinem Vaterlande. Das hat er in den schwierigsten Zeiten und unter den größten persönlichen Gefahren immer wieder durch die Tat bewiesen.

Von dem unglücklichen Ausgange des Krieges wurde er ungeheuer schwer betroffen. Was er war, war er eben von ganzem Herzen, mit Leib und Seele, und wer ihn hatte, der hatte ihn ganz, für den war er bereit, alles zu tun, das Letzte zu opfern. Daher litt er auch seelisch und körperlich so furchtbar unter Deutschlands Zusammenbruch, daß er, der nach außen hin allgemein als ein besonders starker Mann galt, sozusagen Ströme von Tränen vergoß, als im Herbst 1918 feststand — woran er immer nicht glauben wollte — daß der Krieg für uns verloren war. Sein von Vaterlandsliebe glühendes Herz wäre damals fast zerbrochen. Und als dann die Franzosen in Saarbrücken und ins Saarland einzogen, da zog Mathias Bretz sich zurück, er konnte und mochte die „Sieger“ über sein Vaterland nicht sehen und gab für die Bevölkerung die Parole aus, beim Einzug der Franzosen von der Straße zu bleiben und Würde zu bewahren. Er, der die Franzosen sehr gut kannte, wußte auch sofort, was von ihren Versprechungen, mit denen sie die Bevölkerung zunächst zu ködern suchten, zu halten war und von Anfang an stand er den Franzosen nicht nur mißtrauisch, sondern namentlich ihren Verwelschungsbestrebungen auf das entschiedenste ablehnend gegenüber. Dabei war gerade er weniger frei als andere. Wer die Verhältnisse an der Saar einigermaßen kennt, weiß, daß damals im Aufsichtsrat der „Saar-Post“ u. a. auch Leute saßen, die die westliche Orientierung des führenden Zentrumsblattes sehr gern gesehen hätten. Daß diese Leute auch versucht haben, in ihrem Sinne auf den Verstorbenen einzuwirken und zwar mit großem Nachdruck, ist ebenfalls bekannt. Mathias Bretz aber ließ sich durch nichts umstimmen, setzte lieber seine ganze Existenz aufs Spiel, als sich in seiner treudeutschen Einstellung irgendwie wankend machen zu lassen. Und als es nötig wurde, gegen die in Frage kommenden Aufsichtsratsmiglieder Muth und Notton wegen ihrer franzosenfreundlichen Einstellung öffentlich Stellung zu nehmen, da geschah dies zwar in ruhiger und sachlicher Weise, aber mit der gleichen Entschiedenheit, wie es in den Fällen zu geschehen pflegte, wenn es sich um parteipolitische Gegner handelte. Dabei waren die Genannten nicht nur seine Arbeitgeber und die hauptsächlichsten Gründer des von ihm geleiteten Blattes, sondern auch Parteifreunde, die dem Verstorbenen besonders nahe gestanden hatten. Bei Mathias Bretz hörte in diesem Falle eben jede Freundschaft auf. „Den Franzosen keinerlei Konzessionen machen; sie haben im Saargebiet kein Recht, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen; wir sind Deutsche und wollen stets Deutsche bleiben,“ sagte und schrieb er immer wieder.

Gewiß lehnte er als vernünftiger Mensch jede Gewalttätigkeit auch den Franzosen gegenüber ab und respektierte er die neuen Rechtsverhältnisse — wenn man an der Saar von solchen überhaupt sprechen kann — wie sie durch die Besatzung und das Versailler Diktat für das Saargebiet geschaffen wurden. Nie aber machte er einen Hehl aus seiner deutschen Gesinnung und seinem Herzenswunsche, das Saargebiet bald wieder frei und mit dem deutschen Vaterlande vereint zu sehen. Infolgedessen war er auch bei den Franzosen sowohl wie bei der Saarregierung „unten durch“. Er stand bei ihnen vorne auf der schwarzen Liste. Und als im August 1920 der Beamtenstreik ausbrach, gehörte er mit zu den ersten, die verhaftet wurden. Aber all das änderte ihn nicht in seiner Einstellung. Mutig und offen vertrat er auch später seinen deutschen Standpunkt in dem von ihm geleiteten Blatte und in öffentlichen Versammlungen. Auch als er, der schon länger herzleidend war, durch die Nachkriegsverhältnisse gesundheitlich nicht mehr in der Lage war, die politische Leitung der „Saarbrücker Landeszeitung“ zu behalten und er deswegen die Leitung eines im Verlage der „Saarbrücker-Landeszeitung“ erscheinenden religiösen Sonntagsblattes übernahm, trat er dort ebenso wie vorher in der politischen Zeitung für die Erhaltung des Deutschtums an der Saar mit allem Nachdruck ein.

Nicht zuletzt ist es daher mit sein Verdienst, daß das Deutschtum an der Saar sich so glänzend gehalten hat und der Abwehrkampf gegen alle offenen und versteckten Verwelschungsbestrebungen so einheitlich geführt worden ist, daß das Saargebiet von den maßgebendsten deutschen Stellen in dieser Beziehung als vorbildlich hingestellt werden konnte und die Franzosen und ihre Freunde immer mehr einsehen lernen mußten, daß sich ihre Pläne an der Saar nicht verwirklichen lassen. Mathias Bretz stand im Vordertreffen des Abwehrkampfes auf besonders wichtigem deutschen Posten. Er hat ihn in allerschwersten Stunden treu gehalten. Daher gebührt ihm, dem edlen, treuen Manne, mit dem von Liebe zum deutschen Volk und Vaterland durchglühten Herzen Dank und Anerkennung über das Grab hinaus.

Zur Geschichte des Karlsbrunner Jagdschlosses.

Von H. P. Buchleitner-Völklingen-Saar.

Beliebt sind in unserer Heimat kleinere Ausflüge nach idyllisch gelegenen Plätzen des Warndtwaldes, besonders nach Karlsbrunn. Daß auch schon zur Zeit der Saarbrücker Grafen dies wohl eine der schönsten Partien des Warndtwaldes war, beweist die Erbauung eines Jagdschlosses unter Fürst Ludwig in dem heutigen, 1707 gegründeten Karlsbrunn.

Der vorletzte Fürst, der über die Grafschaft Nassau-Saarbrücken regierte, ließ im Jahre 1783, um auch in den herrlichen und prachtvollen Warndtwaldungen von Zeit zu Zeit auf einige Tage seiner enormen Jagdlust in bequemer und angenehmer Weise zu huldigen, in Karlsbrunn ein Jagdschloß erbauen. Als Baumaterial dienten vorzugsweise die Steine der Ringmauer-Ruine von der im 30jährigen Kriege zerstörten, ansehnlich großen Nikolauskapelle im heutigen St. Nikolaus. Aus Polizeirücksichten angeblich ließ er die Ruinen bis auf das Fundament abtragen, wobei man herrliche und kunstgerecht zugehauene Quadersteine gewann, die für den Jagdschloßbau ein willkommenes Material waren. — Die zum Teil eingezäunten Warndtwaldungen waren reich an Hirschen, Rehen, Wildschweinen und anderem Wild (auch Wölfen) und bestanden strenge Bestimmungen zur Schonung des Wildbestandes, gewiß nicht zur Freude des Landmannes, dessen Felder von dem übermäßig zahlreichen Wilde oft genug verwüstet wurden, ohne daß eine nennenswerte Entschädigung gezahlt wurde. Der im Jahre 1783 begonnene Hauptbau war im folgenden Jahre vollendet, als man den Weiterbau der geplanten Seitenflügel des Schlosses einstellen mußte; denn die gräfliche Kasse war durch die kostspielige Wiederherstellung der am 28. Februar 1784 von Hochwasser und starkem Eisgange zerstörten Brücke, die St. Johann mit Saarbrücken verband, auf einige Zeit für andere, wichtigere Bauwerke in Anspruch genommen. Erst im Jahre 1786 konnten die beiden Neben- und Flügelgebäude, die zu Gesinde- und Bedienten-Wohnungen, zu

Ställen und Remisen usw. dienten, errichtet werden. Während der Jahre 1787 bis 1790 hielt Fürst Ludwig, indem er seine und seines Gefolge Quartiere im Karlsbrunner Jagdschloß aufschlug, öfters große und mehrere Tage dauernde Jagden in seinem von vielem Wilde bevölkerten Warndtwalde ab. An diesen Jagdfreuden pflegte seine zweite Gemahlin, die Gräfin Katharina von Ottweiler und frühere Bürgerstochter Katharina Kest von Fechingen (bekannt aus das „Gänsegretel von Fechingen") nicht selten auf einem sittsamen Pferde teilzunehmen. Auf einer dieser dem Wilde gefährlichen Partien trieb man aus Gefälligkeit gegenüber dem Grafen, der seine Gattin leidenschaftlich liebte, eine schöne Anzahl von Buschbewohnern aus dem Rehgeschlechte vor die Fürstin Katharina, die bei dieser Gelegenheit vermittels einer Schußwaffe einen stolzen Rehbock mit glücklicher Hand erlegte. Natürlich veranlaßte dieser berechnete Vorfall im Gehölz einen gewaltig stürmischen Jubel und bewog den Fürsten Ludwig zu einer ungewöhnlich reichen Bewirtung der Jagdteilnehmer im Karlsbrunner Schloß, wobei Küche und Keller in respektabler Weise und in weiter Ausdehnung fleißig ihre Schuldigkeit zu tun nicht im geringsten verabsäumten. Fürst Ludwig war auch der letzte Herrscher des Saarbrücker Landes, der in dem stolzholzigen und wildreichen Warndtwalde Jagdvergnügen genoß. Zum Ende der französischen Revolution 1798, als unsere Heimat förmlich an Frankreich abgetreten war, wurde das Jagdschloß eine Domäne der französischen Republik und wie alle staatlichen Gebäude und Besitztümer öffentlich zum Verkaufe ausgesetzt. In Trier wurde das Schloß versteigert und gelangte in den Besitz eines Karlsbrunner Bürgers, des Ackerers und Holzhändlers Peter Klein, der von 1809 bis 1813 maire der „mairie" Ludweiler war, mit Amts- und Wohnsitz in Karlsbrunn; zugleich mit dem Schlosse erwarb er auch die dazugehörigen Ländereien auf der Präfektur zu Trier zu einem Spottpreise. Später gelangte das gesamte Anwesen in den alleinigen Besitz des Försters Mühlmann und seiner Ehegattin Wilhelmine Rupp. Weil nun die Errichtung einer königlichen Oberförstereiverwaltung in Karlsbrunn geplant war und man hierfür dieses Gebäude mit ganzem Hofbereich und Ländereien im Auge hatte, gewann das Anwesen des mittlerweile Oberförster gewordenen Christian Mühlmann mehr und mehr an Wert. Dasselbe ging weiter an die Erben Mühlmanns: Christian Karl Mühlmann und dessen Gattin Magdalena Heydacker über. Nach dem Tode des Christian Karl Mühlmann, der seinem Vater als Karlsbrunner Oberförster nachgefolgt war, setzten dessen Erben: Magdalena Heydacker nebst ihren beiden Söhnen Friedrich Wilhelm und Karl Christian Viktor am 29. März 1842 in der Amtsstube des Notars Eduard Böcking zu Saarbrücken das ihnen zugehörige Schloß mit Nebengebäuden und Bering in einem Flächenraume von 90 Ruten 27 Fuß und dem darangelegenen 4 Morgen 156 Ruten 2 Fuß großen Garten in einer öffentlichen Versteigerung zum Verkaufe aus. Der preußische Fiskus, der an dem Erwerb des Gebäudes das meiste Interesse hatte, brachte diese Immobilien durch den damaligen Oberförster Coomanns für 4000 Taler in den Besitz des Forstfiskus.

Sofort wurde das Gebäude zur Dienstwohnung für den zeitigen Oberförster und zwei seiner Hilfsförster teils eingerichtet, teils umgebaut. Noch heute dient das ehemals fürstliche Jagdschloß dem gleichen Zwecke, indem es von dem staatlichen Oberförster und einem Förster bewohnt ist und ist auch heute noch eine der anzüglichsten Bauten, die Karlsbrunn aufzuweisen hat.

Die Warndtwaldungen wurden schon in den letzten vierzig Jahren der Saarbrücker Herrschaft von einem Oberjäger mit Domizil in Karlsbrunn verwaltet. Aus diesem Grunde hieß damals der Forstverwaltungsbezirk, der lediglich die Nassau-Saarbrücker Warndtwälder umfaßte, „Oberjägerei Karlsbrunn". Auch die französische Regierung ließ in den Jahren 1798 bis 1815 die Staatswälder des Warndts durch einen „garde-general des forets" mit Wohnsitz in Karlsbrunn administrieren; derselbe stand unter einem Saarbrücker Forstinspektor. Ein solcher garde-general von Karlsbrunn war beispielsweise ein gewisser Gangloff. Unter der königlich preußischen Regierung wurden die Staatswaldungen des Warndts unter dem Namen „Oberförsterei Karlsbrunn" zusammengefaßt, zugleich eine Revierförsterei in Friedrichweiler eingerichtet. Es besteht kein Zweifel, daß der Sitz der Oberförsterei-Verwaltung in dem inmitten des Warndts gelegenen Orte von nutzbringendem und materiellem Vorteil für den Ort war.

Kleine Tageschronik.

Olga Schwind, die Saarsängerin zur Laute.

In dem Bundesorgan des Saar-Sänger-Bundes findet sich in Nummer 11 der Februar-Ausgabe eine Würdigung von Olga Schwind, die als Sängerin zur Laute schon seit langem zu den prominenten Mitgliedern der Saarkunstgemeinde gehört. Schon vor dem Kriege war sie als Lautensängerin eine ebenso geschätzte wie ausdrucksvolle Künstlerin, deren Lieder überall wo sie sie zu Gehör brachte, dankbaren Beifall fanden. Der Generalmusikdirektor F. Max Anton in Bonn schrieb kürzlich in einer Kritik über Olga Schwind: „Aus der Kunst Olga Schwindts spricht der Geist des Malerpoeten Moritz von Schwind. Bei Olga Schwind wird die Gegenwart unwirklich und die Vergangenheit zur Gegenwart. Die Welt des Mittelalters ist ihre Welt. Das Herb-Innige, Gottselig-Süße und Düster-Gewaltsame der Gotik lernen wir durch ihre Vorträge aufs neue empfinden. Olga Schwinds Kunst ist groß, stark und eigenartig."

Diejenigen, die Fräulein Schwind seit etwa einem Jahrzehnt nicht mehr gehört haben, werden überrascht sein von der Sieghaftigkeit, mit der sie sich von der schlichten volkstümlichen Sängerin zur Laute zu einer anerkannten Künstlerin emporentwickelt hat. Wir freuen uns dieser Tatsache um so mehr, als wir es hier mit einer Persönlichkeit zu tun haben, die nicht die jetzt so beliebten Wege zum Uebertriebenen, zum Bizarren, zum Unnatürlichen gegangen ist, sondern die als Verehrerin des lieben alten deutschen Volksliedes eine echte Vertreterin reindeutscher Kultur im deutschen Grenzgebiet ist. Mit Dankbarkeit und mit Stolz entnehmen wir daher dem erwähnten Bundesorgan des Saar-Sänger-Bundes einen Brief, den die Künstlerin an Rektor Walther Stein geschrieben hat und in dem sie kurz das Wesen ihrer Kunst skizziert. Olga Schwind sagt darin folgendes:

„Was ich will! Wenn ich sagen soll, was ich mit meiner Kunst will, so ist es in erster Linie, daß ich etwas Wahres will. Und wahr ist das Volkslied. Nicht sentimental und süßlich ist das deutsche Lied — ich spreche jetzt in der Hauptsache von dem Lied des Mittelalters —, es ist frisch und gesund, derb, nicht pikant— nein! Aber das Minnelied, das ist's in der Hauptsache, das sich so abhebt von dem gesuchten, realen, sinnlichen Liebeslied, das heute erdacht und geschaffen wird, der Minnegesang ist keusch. Ich suche die Reinheit im Volkslied, die Gottesliebe, den fröhlichen Tanz und den Humor. Der ist im Volkslied enthalten. Und das ist's, was ich den Menschen geben will, sie hineinführen in diese wunderbare Welt des wirklichen Deutschen, des Verlorenen.

Ich habe nie versucht, mich als große „Sängerin" den Konzertagenten anzubieten. Solche Konzerte sind ein Handel — ein marktschreierisches Anbieten seines Tiefinnersten. Ich will dem Volk meine Kunst geben, will ihm den Glauben an sich selbst zurückgeben. Wie oft erlebe ich, daß Menschen zu Tränen gerührt vor mir sitzen, wenn ich ein ganz, ja das allernaivste Jesulein-Liedchen gesungen habe. Wenn man so viele Menschen hat lauschen, andächtig lauschen gesehen, auf die einfachen oft primitiven Weisen, wie ich sie singe, und so viel Verständnis und Dankbarkeit fand, dann fühlt man stark den guten Kern, der im Volke steckt, und die Frömmigkeit in ihren Herzen. Wenn, wie einmal ein 80jähriges Mütterchen mir sagt, nach meinem Konzert: „O, das war der schönste Tag in meinem Leben", oder ein Musikdirektor, der ein dreitägiges Musikfest geleitet hat, und dem ich dann morgens ein paar von meinen Liedern sang, sagte: „Das war in den drei Tagen die erste wirkliche Freude für mich" — dann bin ich dankbar, dem Volksliede dankbar.

Ich habe in allen erdenklichen Kreisen gesungen — Volksbildungsvereinen, literarischen Kreisen, Künstler- und Gelehrtenkreisen, in der Jugendbewegung, vor 800 Buben und Mädels manchmal, in den Schweizer Schulen, auf dem Schloß der Prinzessinnen zu Wied, in eleganten akustischen Kammermusiksälen, in primitiven Wirtshaussälen, unter einer Dorflinde — es ist überall dasselbe Verständnis gewesen, dieselbe Freude und immer ein Erstaunen. Ich will nicht „gefeiert" und beklatscht werden, ich will keine Primadonna sein, oder wie sie heißen, diese großen, welterschütternden Stimmen, ich will den Menschen mit meiner einfachen, fast Naturstimme, die Seele des Liedes geben. Ich will dem Lied nicht mit einer geschraubten, überbildeten Stimme ein vergoldetes Kleid anziehen — dann verliert es ja den frischen Walduft und das natürliche Jubeln. Kürzlich hatte ich ein Konzert in einer norddeutschen Stadt, die berüchtigt ist in Künstlerkreisen, wegen der allzu scharfen, unerhört vorgehenden Kritik. Ich sang, tonal genommen, nicht allzu gut an diesem Abend, ich hatte mich auf der Reise erkältet. — Die Kritik in vier Zeitungen war glänzend! Ich schrieb: ich glaube das Volkslied ist ein Siegfriedschwert, das den strengsten Kritikerdrachen erlegt."

Diese Ausführungen Olga Schwinds beleuchten am treffendsten ihr künstlerisches Empfinden und ihr kulturdeutsches Streben.

— **Saarbrücken.** Die Erben des verstorbenen Gutsbesitzers, Beigeordneten August Klein haben, in Ausführung einer Stiftung des Verstorbenen, der Stadt Saarbrücken eine am Kleinen Homburg gelegene 6050 Quadratmeter große Fläche geschenkt, die nunmehr mit Eigenheimen für Kriegsbeschädigte der Stadt Saarbrücken bebaut werden soll. Es ist geplant, auf dem Gelände etwa 24 Einfamilienhäuser zu errichten, wozu dieses Gelände in etwa 300 Quadratmeter große Baustellen aufgeteilt ist, so daß zu jedem Haus ein Stückchen Gartenfläche nutzbar gemacht werden kann. Jedes Haus wird schätzungsweise etwa 12 000 RM. kosten, das einschließlich des geschenkten Grund und Bodens Eigentum des Bauenden wird. Von den Baukosten sind bereits je 6000 RM. von der Rheinischen Wohnungsfürsorge vorhanden. Die restlichen Baukosten von etwa 6000 RM. müssen entweder durch Kapitalabfindung aus den Rentenansprüchen der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, oder durch besonderes Eigenkapital oder erforderlichenfalls durch Aufnahme eines Zusatzdarlehns aufgebracht werden. Es besteht die Möglichkeit, in den Fällen, in denen die Kapitalabfindung weniger als 6000 Reichsmark beträgt — und dies wird die Regel sein —, erforderlichenfalls den an 6000 RM. fehlenden Betrag als Zusatzdarlehn zu günstigen Bedingungen von einer öffentlichen Kasse geliehen zu erhalten. — Nachdem der Verein ehemaliger Angehöriger des Westf. Dragoner-Regts. Nr. 7 wieder ins Leben gerufen ist, hat er es sich als erstes zur Aufgabe gemacht, der Errichtung eines Denkmals für die im großen Weltkriege gefallenen Kameraden näherzutreten. Das Denkmal soll in Saarbrücken aufgestellt und mit seiner Einweihung eine Wiedersehensfeier aller ehemaligen 7. Dragoner des Stammregiments sowie der zugehörigen Formationen verbunden werden. Der Verein macht die Bürgerschaft darauf aufmerksam, daß bei der Stadtsparkasse ein wertbeständiges Konto unter „Dragonerdenkmal" eröffnet worden ist. Es wird herzlichst gebeten, dorthin Zahlungen gelangen zu lassen. Außerhalb des Saargebiets wohnenden Zeichnern wird anheimgegeben, etwaige Beträge auf das Postscheckkonto Köln Nr. 7186 zur Einzahlung bringen zu wollen. — Die Große Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken hatte sich am 8. d. M. mit umfangreichen Kokainschiebungen zu befassen. Insgesamt standen 17 Personen vor dem Richter. Zwei Apotheker aus Saarbrücken, die das Kokain geliefert hatten, erhielten 6 bzw. 10 Monate Gefängnis; 13 Kokainhändler bzw. -zwischenhändler wurden mit 2 bis 12 Monaten Gefängnis bestraft, während die Rauschgiftschnupfer mit empfindlichen Geldstrafen belegt wurden. Weitere Prozesse gegen Kokainschieber sollen bevorstehen.

Buchenschachen. Der seit dem Monat September vermißte Herm. Kirst, Sohn von Nikol. Kirst, pens. Bergmann von hier, befindet sich, wie von Kameraden berichtet wird, als Fremdenlegionär auf dem Wege nach Marokko. Auch befindet sich ein Fremdenlegionär von Hilschbach auf dem Wege nach der Heimat. Derselbe ist krank und gebrochen. Jetzt schreibt er: „Liebe Eltern, kann und darf ich ins liebe Mutterhaus zurückkommen" Die Einsicht ist gekommen, wenn auch spät. Der Heimgekehrte hatte seit 5 Jahren kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben.

Altenkessel-Neudorf. Die evangelische Kirchengemeinde Neudorf feierte am 7. 2. das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Verbunden war die Feier mit der Wiederingebrauchnahme der unter Leitung von Baurat Dr. Ammer und Schmelzer wiederhergestellten und neuausgemalten Kirche, sowie Weihe der Glocken und der Kriegergedenktafel. Die Beteiligung an den Festfeiern war überwältigend groß.

Altenwald. Ein Bergmannsveteran, der pensionierte Bergmann Michel Backes von hier, wurde kürzlich unter großer Beteiligung der Bevölkerung zu Grabe getragen. Der Verstorbene war 67 Jahre alt und hat über 50 Jahre seinen schweren Bergmannsberuf und zwar bis wenige Jahre vor seiner Pensionierung immer vor Kohle, ausgeübt und galt als ein tüchtiger, fleißiger Knappe, der bei Vorgesetzten und Kameraden beliebt war.

Göttelborn. Wie die „Saarbr. Ztg." berichtet, gibt es in der hiesigen Grube Fische. Es handelt sich nicht um sogenannte „Goldfische", welche ja in jeder Wasserwäsche in der Grube zu finden sind. Nein, es sind richtige Fische, die durch den Wasserlösungsquerschlag, der oberhalb Quierschied in den Kohlbach mündet, in die Grube gelangt sind. In fast allen wasserführenden Strecken des West- und Ostfeldes sind sie zu finden. Es handelt sich meistens um die sogenannten „Ellritze". Wie ist es möglich, daß ein Fisch in der Grube leben kann?

Neunkirchen. Zu einer „Kundgebung" hatte die Vereinigung der ehemaligen Micum wieder Neunkirchen ausersehen. Es sollen schon öfter hier derartige Tagungen stattgefunden haben, sie finden aber keine Beachtung. Diesmal sollten die technischen Grubenbeamten der Inspektion König geködert werden. Von den deutschen Beamten wurde aber abgewinkt, keiner fand sich ein, man sah nur 22 fremde Gesichter, darunter sollen noch Lothringer gewesen sein. — Vergebens sind die Lockungen an unsere deutschen Beamten im Saargebiet. Sie stehen treu zu ihrem Vaterlande und nichts kann sie davon abwendig machen. Die Franzosen haben bis jetzt auch nichts getan, was ihnen auch nur die Zuneigung unserer Beamten hätte bringen können. Mit niedrigen Gehältern, schlechter Behandlung usw. fesselt man niemand.

Saarlouis. Die Neugründung des Kreis-Krieger-Verband Saarlouis wurde in einer Versammlung, an der sich 11 Kriegervereinigungen mit zahlreichen Mitgliedern beteiligten, beschlossen. Um den Vereinigungen, die noch in der Bildung begriffen sind, den Einfluß auf die endgültige Zusammensetzung des Vorstandes nicht zu nehmen, wurde zunächst ein einstweiliger Vorstand auf drei Monate gewählt. Dieser besteht aus Hans Hausen-Saarlouis, 1. Vorsitzender; Dr. Matrain-Dillingen, 2. Vorsitzender; Heinrich Donnevert-Saarlouis, 1. Schriftführer; Dr. Fontaine-Saarlouis; 2. Schriftführer; Arnold-Fraulautern, 1. Kassierer; Eder-Saarlouis, 2. Kassierer. Für jeden Verein, der kein Mitglied in dem Vorstand hat, ist ein Beisitzer im Vorstand vorgesehen, damit alle ihrer Bedeutung gemäß zur Geltung kommen. Dieser neugegründete Kreis-Krieger-Verband Saarlouis ist zur Zusammenfassung aller Regiments-, Krieger- und sonstiger militärischer Vereine des Kreises Saarlouis bestimmt. Der Kreis-Krieger-Verband Saarlouis bildet mit den anderen Kreisverbänden den Deutschen Saarkriegerbund, der seinen Sitz in Saarbrücken hat. Er steht auf dem Boden des Kyffhäuserbundes, ist politisch und religiös vollständig neutral, nimmt keine Rücksicht auf Personen militärischen Ranges, sondern umschließt alle Mitglieder mit dem gleichen Bande der Kameradschaft.

Mittelbexbach. Nach einer Zuschrift der Regierungskommission an das hiesige Bürgermeisteramt wurde der Einspruch der Gemeinde wegen Nichtbestätigung der Wahl Dr. Vogts als Bürgermeister endgültig verworfen. Der Gemeinderat wird nun zum drittenmal zur Wahl eines Gemeindeoberhauptes zusammentreten müssen. — Alles im Geiste von Locarno.

Homburg. Ein entsetzliches Verbrechen wird aus dem Dörfchen Ditschweiler an der Eisenbahnstrecke Homburg-Glan-Münchweiler gemeldet. Dort fand vom 30. zum 31. Januar der sogenannte Bauernball im Dorfgasthause statt. Auch der Ackerer Stemmler, ein Witwer, besuchte mit Sohn und Schwiegertochter den Ball. Die beiden Enkelkinderchen im Alter von beinahe einem und fast drei Jahren wurden ohne besondere Aufsicht in der Wohnung gelassen. Bevor die drei das Haus verließen, will die Muter sich davon überzeugt haben, daß die beiden Kinder fest schliefen. Während die Eltern und der Großvater sich auf dem Ball befanden, brach plötzlich in dem Stemmlerschen Anwesen Feuer aus, das in kürzester Zeit Wohnhaus, Stall und Scheune in ein Flammenmeer hüllte. Während es dem Nachbarn Stemmlers, Schleppi, gelang, das Vieh aus dem Stall zu holen, hatte er keine Ahnung von den in der Wohnung schlafenden Kindern. Als schließlich Hilfe auf der Brandstätte erschien, war das Anwesen Stemmlers bereits völlig niedergebrannt und die beiden Kinderchen völlig verkohlt. Zunächst konnte man sich die Ursache des Brandes nicht erklären und man mutmaßte auf frevelhafte Brandstiftung. Inzwischen tauchten aber Verdachtsgründe gegen Großvater und Vater der Kinder auf, die schließlich nach einer Meldung der Homburger „Saarpfalz" sich so verdichteten, daß von der Polizei die Verhaftung der Verdächtigen verfügt wurde. Sie wurden dem Untersuchungsgefängnis in Zweibrücken zugeführt.

Personalnachrichten.

Sein 50jähriges Arbeitsjubiläum in der Kleineisenzeugfabrik Karcher und Roth in Beckingen konnte der Fabrikarbeiter Nikolaus Braun feiern. Die Fabrik ehrte den Jubilar durch eine besondere Feier. Als ein Zeichen eines guten Verhältnisses zwischen Arbeiterschaft und Werksleitung kann angesprochen werden, daß die Fabrik Karcher in Beckingen mit zu jenen Betrieben im Saargebiet gehört, die die meisten Arbeitsjubilare aufweisen kann. — Sein 40jähriges Dienstjubiläum bei der Tapetenhandlung Ed. Schreder in Saarlouis, feierte der Lagerist und Werkmeister Peter Poß in Saarlouis.

In den wohlverdienten Ruhestand trat nach 46jähriger Dienstzeit der Gemeindeförster von Bettingen, Hegemeister Baden. Der alte Forstmann hat 36 Jahre allein dem Forstschutzverband Bettingen vorgestanden. In der letzten Sitzung des Forstschutzverbandes wurde dem Scheidenden von Bürgermeister Quind warme Dankesworte zum Ausdruck gebracht.

Das Fest ihres eisernen Ehejubiläums beging das Ehepaar Nikolaus Heil in Saarlouis. Uhrmacher Heil ist geboren am 31. August 1835, er steht also im 91. Lebensjahr, seine Frau Klara geb. Bedersdorfer ist geboren am 28. Mai 1841, sie zählt also bald 85 Jahre. Beide Ehejubilare erfreuen sich eines verhältnismäßig sehr guten körperlichen und geistigen Wohlbefindens. Bis vor einem halben Jahre beschäftigte sich Herr Heil noch mit außerordentlicher Sicherheit mit der Reparatur von Taschenuhren, „die Hand arbeitet noch ruhig und sicher, aber die Augen sehen nicht mehr die kleinen Rädchen", so entschuldigte er sich bei seinen Freunden, weil er die ihm gebrachten Uhren nicht mehr in Gang bringen konnte. In altgewohnter Weise trinkt der alte Heil täglich noch seinen Schoppen auch zwei und drei, dabei raucht er seine Pfeife von morgens früh bis abends spät.

Den Eheleuten Uhrmacher Heil ist zu ihrer eisernen Hochzeit folgendes Schreiben zugegangen:

Zu dem seltenen Fest der eisernen Hochzeit, das Sie am 12. Januar 1926 begehen konnten, sende ich Ihnen und Ihrer Gattin meine herzlichsten Glückwünsche. Ich hoffe und wünsche, daß Ihnen auch ferner ein zufriedener Lebensabend im Kreise Ihrer Familie beschieden sein möge.

Gleichzeitig habe ich Ihnen aus diesem Anlaß ein Ehrengeschenk bewilligt, das Ihnen anbei zugeht. v. Hindenburg.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten am 6. Februar der pensionierte Steiger Peter Biehl und seine Ehefrau Maria, geb. Schwimm, in Neunkirchen.

Versetzt. Der Direktor und Bankvorstand Weckwerth von der Deutschen Reichsbank-Nebenstelle in Neunkirchen wurde nach Holzminden in Westfalen versetzt. Herr Weckwerth verläßt Neunkirchen nach 19jähriger eifriger Tätigkeit.

Todesfälle. Saarbrücken: Peter Weidmann, 28 Jahre; Leo Koenig, 62 Jahre; Franz Schreiner, 62 Jahre, Heinrich Schmidt, 78 Jahre; Johann Bartemes, 90 Jahre; Karl Koch, 71 Jahre; Metzgermeister Karl Stroh, 36 Jahre; Ingenieur Wilhelm Münch, 49 Jahre; Nikolaus Seibert, 80 Jahre; Hermann Kreis, 48 Jahre; Nikolaus Müller, 65 Jahre; Albert Häußler, Heinrich Carl Loening, 64 Jahre; Metzgermeister Julius Siegel, 47 Jahre; Otto Schmidtborn, 29 Jahre; Eisenbahn-Obersekretär Theodor Friedrich Wilhelm Lorentz, 52 Jahre; Frau Karoline Immelsberger, geb. Bardens, 76 Jahre; Frau Witwe Karoline Mathieu, geb. Mathieu, 67 Jahre; Kontoristin Fräulein Rosa Jungmann, 38 Jahre; Frau Maria Schmitt, geb. Jost, 53 Jahre; Frau Katharina Wollsiefer, geb. Schmidt, 41 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Schiffmann, geb. Junker, 63 Jahre; Mathilde Henner, geb Schaadt; Frau Wwe Charlotte Klein, geb Korn, 73 Jahre; Frau Wwe Rechnungsrat Karoline Schreiber, geb. Waengler, 77 Jahre; Frau Adele Vogel, geb. Goldfinger, 44 Jahre; Wwe. Marg. Kaufmann, geb. Scheppe, 70 Jahre; Frau Wwe. Katharina Ries, geb. Sauerwein, 82 Jahre; Frl. Käthe Koch, 18 Jahre; Frau Anna Wünsch, geb. Boßhardt verw. Tobler, 58 Jahre; Frau Maria Hauser, geb. Musti, 64 Jahre; Frau Karoline Stoll, geb Welsch, 40 Jahre; Frau Wwe. Katharina Kappel, geb. Wölfinger, 72½ Jahre. — **Jägersfreude:** Frau Luise Dietrich, geb. Schmidt, 53 Jahre. — **Brebach:** Frau Maria Scherer, geb. Brocker, 57 Jahre; Frau Elisabeth Grieser, geb. Hartz, 36 Jahre. — **Gersweiler:** Fräulein Lotte Meyer, 23 Jahre. — **Völklingen:** August Kranzbühler, 44 Jahre. — **Großrosseln:** Gastwirt Georg Hayo, 64 Jahre. — **Püttlingen:** Frau Agnes Prümm, geb. Prümm. — **Quierschied:** Johann Engel, 83 Jahre. — **Dudweiler:** Louis Berger, 76 Jahre; Heinrich Lorenz, 65 Jahre; Heinrich Pitz. — **Sulzbach:** Hedwig Wilhem, 22 Jahre. — **Altenwald:** Josef Mörsdorf, 25½ Jahre; Frau Katharine Moser, geb. Wunn, 78 Jahre. — **Bildstock:** Ludwig Morgenthal, 63 Jahre. — **Neunkirchen:** Frau Wwe. Charlotte Wirtz, geb. Bauer, 70 Jahre; Frau Friedrich Jäckle, Berta Luise geb. Cappel, 27 Jahre; Frau Adolf Meisinger, Auguste Elisabeth geb. Eisler, 30 Jahre. — **Sinnerthal-Neunkirchen:** Frau Wwe. Friedrich Büch, geb. Honecker, 74 Jahre. — **Wiebelskirchen:** Frau Wilhelmine Christmann, geb. Gröhninger, 45 Jahre; Christian Wittenmeier, 56 Jahre; Nikolaus Denzer, 69 Jahre. — **Bous:** Frau Wwe. Barbara Leven, geb. Goebel, 80 Jahre. — **Dillingen:** Heinrich Berndt, 69 Jahre. — **Ensdorf:** Peter Faust, 68 Jahre, Frau Käthie Thomé, geb. Paqué, 45 Jahre. — **Saarlouis:** August Servet, 28 Jahre; Frau Wwe. Bürgermeister Beaumont, geb. Anna Sarg, 72 Jahre. — **Fraulautern:** Christoph Ney-Fontaine, 24 Jahre. — **Lisdorf:** Frau Johann Peter, Barb. geb. Becker, 66 Jahre. — **Schwemlingen:** Frau Lehrer Heinrich Trapp, Maria Elisabeth geb. Oberbillig, 37 Jahre. — **Bettingen:** Frau Joh. Follmann, geb. Anna Maria Plein. — **Saarburg:** Frau Wwe. Adolf Grim, Maria geb. Rodé. — **St. Ingbert:** Bademeister Peter Knobloch Sen., 70 Jahre; Postbeamter Andreas Ochs, 56 Jahre. — **Homburg:** Wwe. Elisabeth Antoni, geb. Näher, 69 Jahre. — **Buchschlag b. Frankfurt a. M.:** Henry Arthur Morgan, 46 Jahre. — **Ludwigsthal:** Schuhmachermeister Karl Wichter, 63 Jahre.

Die Notlage der Grenzgebiete.

Kw. Nach mehrwöchiger Unterbrechung sind am 9. Februar in Saarbrücken die Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen, der französischen Regierung und der Regierungskommission des Saargebiets über die Regelung des Arbeiter- und Kleinen Grenzverkehrs wieder aufgenommen worden. Bekanntlich sind von der am 10. Januar 1925 in Kraft getretenen Zollabschnürung des Saargebiets von Deutschland das pfälzische und rheinische Grenzgebiet in besonderem Maße betroffen, da die Einwohner zum großen Teil ihren Lebensunterhalt als Gruben- bzw. Hüttenarbeiter im Saargebiet oder in Lothringen in Franken verdienen, während sie ihn in Mark bestreiten müssen. Verschärft wird die Notlage dadurch, daß die in den überwiegend landwirtschaftlichen Grenzbezirken erzeugten Produkte angesichts des niedrigeren saarländischen Preisniveaus (lothringische Konkurrenz) nach dem Saargebiet hin unverkäuflich geworden sind, da sie mit Goldmarkkosten hergestellt werden.

In beiden Fällen handelt es sich zwar in erster Linie um Wirkungen, die, durch die Frankeninflation ausgelöst, der Verschiedenheit der Währungen und des Preisstandes entspringen. Eine Stabilisierung des Franken würde daher bei Ausgleichung der Preisdifferenzen die Lage der Grenzgebiete sehr günstig beeinflussen. Eine grundlegende Besserung kann jedoch nur durch die Beseitigung der unnatürlichen Zollgrenze zwischen Deutschland und dem Saargebiet erzielt werden, mit der eine Rückkehr zur Mark automatisch verbunden wäre. Da man aber von dieser der wirtschaftlichen Vernunft entsprechenden Lösung noch weit entfernt ist, bleiben vorerst nur kleine Mittelchen übrig. Durch steuerliche Erleichterung für die Grenzgebiete, Stundung und Niederschläge sowie durch Erstattung der Fahrtkosten an die im Saargebiet beschäftigten reichsdeutschen Arbeiter hat das Reich sich bisher bemüht, zur Linderung der Notlage beizutragen. Weiter hat der Sechzehnerausschuß des Reichstags kürzlich seine Zustimmung dazu erteilt, daß im Nachtragshaushalt für 1925 1,5 Millionen Mark für laufende Monatsbeihilfen vorgesehen werden, deren Verteilung durch die Fürsorgeämter unter Mitwirkung der Gewerkschaften erfolgen soll. Eine große Bedeutung kommt auch den Zollerleichterungen im kleinen Grenzverkehr zu, über die gegenwärtig in Saarbrücken verhandelt wird. Durch Gewährung zollfreier Mitnahme ihrer mit dem Frankenlohn gekauften täglichen Bedarfsgüter könnte den im Reichsgebiet wohnenden Arbeitern erheblich geholfen werden. Aber auch hier besteht ein Dilemma, da der ohnehin daniederliegende Handel in den Grenzgebieten gegen diese „auswärtige" Bedarfsdeckung ihrer Kunden nicht unberechtigte Einsprüche erhebt.

Wie notwendig die Hilfe für die Arbeiterschaft ist, zeigen nachfolgende Angaben über die Zustände in dem Restkreis Wadern. Der zum Regierungsbezirk Trier gehörige Kreis hat 25 000 Einwohner, von denen rund 48 Prozent ihren Lebensunterhalt in Franken verdienen. Diese Frankenempfänger werden nach der innern Kaufkraft der französischen Währung entlohnt, während sie, wie schon angedeutet, mit der weit geringeren äußern Kaufkraft des Franken ihren Unterhalt bestreiten müssen. Infolgedessen gibt es dort viele verheiratete Industriearbeiter, die einschließlich der Sozialzulagen mit einem Nettoverdienst von 72 Mark und weniger nach Hause kommen. Im Dezember gab es manchen Bergmann (Hauer), der nachgewiesenermaßen knapp 60 Mark verdiente. Daß mit diesem Einkommen eine ganze Familie nur unter großen Entbehrungen ihr Dasein fristen kann, bedarf keiner Begründung. Beträgt doch die deutsche Erwerbslosenunterstützung 82,60 Mark, ist also höher als der in harter Arbeit erzielte Verdienst. Der größte Teil der Grenzbevölkerung ist daher vollständig verelendet.

Eine verfehlte Propagandaspekulation.

Aus Altenwald wird der Saarbr. Ztg. mitgeteilt

Bisher hat die hiesige Grubenverwaltung lediglich tapfere Deutsche, die sich nicht fremder Willkür beugen wollten, entlassen oder durch allerlei Schikanen gezwungen, sich die Abkehr zu holen. Diesmal jedoch trifft es andere. Man geht jetzt mit denen, die sich nur durch Liebedienerei, Schmeichelei und Mißachtung ihres Vaterlandes Liebkind zu machen suchten, mit den Micum-Leuten, streng ins Gericht. In letzter Zeit ist gegen dieses Gelichter eine Säuberungsaktion eingeleitet worden. Viele wurden bereits entlassen, weitere Entlassungen stehen bevor. Man scheint zu der Einsicht gekommen zu sein, daß die besonderen Hoffnungen (nicht wirtschaftlicher Art), die man auf diese Leute setzte, niemals in Erfüllung gehen werden, und daß unsere Bergleute sich nicht durch hochtönende Reden und allerlei Versprechungen einlullen lassen. Der Besuch des Ministers de Monzie hat wohl diese Einsicht gefördert.

Opfer französischen Raubbaues.

Durch niedergehendes Gestein verunglückte der Bergmann Fritz Länger in Sulzbach, so daß er dem Knappschaftslazarett zugeführt werden mußte. — Auf der Grube Altenwald kam der 21 Jahre alte Bergmann Johann Schmidt aus Altenwald schwer zu Schaden, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Auf Grube Velsen wurde der 19 Jahre alte Bergmann Alfred Fisch aus Piesbach-Bettstadt von 2 Kohlenwagen zu Tode gequetscht.

Vom „Bund der Saar-Vereine" und den angeschlossenen Vereinigungen.

Saar-Vorträge an Hochschulen und Universitäten.

Die im vorigen Jahre von dem Bunde der Saarvereine ins Werk gesetzte und von der Geschäftsstelle „Saarverein" finanzierte Vortragstätigkeit, welche sich die Aufklärung der akademischen Jugend über die Verhältnisse im Saargebiet zur Aufgabe gemacht hat, fand Ende Januar ihre Fortsetzung in einem Vortrag, den Herr Landgerichtsdirektor Dr. von Kraewel vor der Studentenschaft in Frankfurt a. Main im größten Hörsaal der Universität hielt. Der Vortragende begann mit einem Rückblick auf die Geschichte des Landes an der Saar in den beiden früheren Perioden der Fremdherrschaft unter Ludwig XIV. und Napoleon I. und mit den Beweisen und Zeugnissen seiner echtdeutschen Gesinnung und Treue, wie solche in den Kundgebungen nach den Befreiungskriegen (Hardenberg, Böcking), gegenüber den Kaufgelüsten Napoleons III. und weiterhin bis zu dem kernigen Treubekenntnis der Stadt Saarlouis im Dezember 1924 ihren Ausdruck fanden. Hingewiesen wurde auf die Schönheit und den Reichtum des Landes, seine industrielle Bedeutung, welche neben dem französischen Machthunger an sich die Grundlage der auf den Erwerb des Saargebiets errichteten Politik Frankreichs bilden, um darauf den diplomatischen Weg zu kennzeichnen, den diese zur Erreichung ihrer Ziele seit 1912 eingeschlagen hat und der zu der jetzigen staatsrechtlichen Gestaltung des Saargebiets geführt hat. Der Uebergang der Bergwerke an Frankreich, der Verwaltung an den Völkerbund und die Abstimmung wurden in ihrer unwahren und lügenhaften Begründung dargelegt. Besonderen Unwillen löste es aus, als der Redner ausführte, daß die unerhörte Saarlüge Clemenceaus der eigentliche Kern der in keiner Weise zu rechtfertigenden zeitweiligen Abtrennung des Gebiets vom Reiche sei, daß die bekannte Behauptung von den 150 000 Franzosen an der Saar eine dreifache Unwahrheit enthalte: denn falsch sei nicht nur die angegebene ungeheuerliche Zahl, sondern ebenso auch die Angabe der von jenen an Poincaré gerichteten Adresse, wie die Wilson vorgespiegelte Gleichartigkeit des durch und durch deutschen Landes mit Polen und Böhmen, wo tatsächlich die deutsche Bevölkerung mit der polnischen und böhmischen stark vermischt ist. Es wurde der Vorwurf erhoben, daß diese auf der Hand liegenden Unwahrheiten regierungsseitig nicht von vornherein zur Grundlage einer großzügigen Agitation und Aufklärung gegen die Haltlosigkeit der Versailler Regelung der Saarverhältnisse gemacht worden sei und ihre Widerlegung ermöglicht habe, die viel eher und leichter als in der Kriegsschuldfrage dazu hätte führen können, das Gebäude von Versailles zu erschüttern. Zur Unterstützung wurde auf die Giersbergsche Saarlüge verwiesen, die zum Verkauf auslag und guten Absatz fand. Die weiteren Darlegungen des Redners fußten auf dem Inhalt der Denkschrift der Entente vom 16. 6. 1919, die u. a. besagt: „Die alliierten und assoziierten Mächte haben aber auch die größte Sorgfalt darauf verwendet, den Bewohnern des Saargebietes selbst jeden materiellen und moralischen Schaden zu ersparen; ihre Interessen sind in jeder Weise sorgfältig beachtet worden und ihre Rechtslage wird verbessert werden, und auf der an die Regierungskommission von seiten des Völkerbundes gerichteten Instruktion, wonach die Regierungskommission keine andere Aufgabe und kein anderes Interesse zu verfolgen habe, als das Wohlergehen der Bevölkerung des ihr anvertrauten Gebietes. Um zu diesen Versprechungen den krassen, geradezu höhnischen Gegensatz zu schildern, in dem sich das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben im Saargebiet dank der Tätigkeit der Regierungskommission — sprich Frankreichs — befindet, folgte eine Charakterisierung der Zusammensetzung dieser Kommission, der Stellung und der Einflußnahme ihres Präsidenten Rault, der Stellung des Landesrates, der Rechtspflege, der Schulpolitik, namentlich eine Schilderung der bergbaulichen Verhältnisse mit ihrem Raubbau und ihrer vertragswidrigen Behandlung der Beamten und Arbeiter, der erpresserischen Ueberfremdung der Industrie u. a. Nach solchen Erfahrungen, die das Saargebiet mit der Verwaltung durch den Völkerbund gemacht hat, glaubt seine Bevölkerung auch von Locarno und seinem Geist nicht allzuviel erwarten zu können, der, wenn die im Völkerbund vertretenen und in ihm maßgebenden Mächte wirklich von ihm erfüllt wären, schon längst an der Saar hätte in die Erscheinung treten können. Nicht von außen her, sondern an erster Stelle aus und durch sich selbst, durch die zu allen Zeiten so auch jetzt wieder bewiesene hingebende Treue an Volk und Vaterland wird die Bevölkerung an der Saar sich dem Reich und unserem Volkstum erhalten, an ihr wird auch diesmal der welsche Machtwille zerschellen. Die Ausführungen des Vortragenden fanden lebhaften Beifall. Möchten sie nicht nur zur Kenntnis der Zustände an der Saar, sondern auch zur Erkenntnis der Psyche unseres westlichen Nachbars und der Wesensart und Bedeutung des Völkerbundes beigetragen haben!

Eine Saarkundgebung in Essen.

Seitdem das Ruhrgebiet und in jüngster Zeit die erste Rheinlandzone von fremder Besatzung befreit ist, entwickeln sich hier die Ortsgruppen des Bundes der Saar-Vereine in besonders erfreulicher Weise. Die Ortsgruppen dieser Gebiete zeigen eine besonders emsige Tätigkeit und leisten in der Aufklärungs- und Werbearbeit außerordentliches. So war es nicht verwunderlich, daß die in Essen am 7. Februar veranstaltete Kundgebung des Bundes der Saar-Vereine, Ortsgruppe Essen, auch nach außen hin einen vollen Erfolg brachte. Der Musiksaal des Essener Börsenhauses war zum Brechen gefüllt. Mit besonderer Freude und Genugtuung wurde es von der Versammlung begrüßt, daß aus dem Saargebiet selbst ein Vertreter erschienen war, der das eine Referat übernommen hatte. Diese Tatsache beweist, daß man im Saargebiet selbst immer mehr zu der Erkenntnis kommt, wie notwendig eine lebendige Zusammenarbeit zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland, in diesem Falle mit dem Bund der Saarvereine, ist. Nach Essen war der bekante Malermeister Schmelzer, Vorsitzender der Deutsch-Saarländischen Volkspartei und Mitglied des Saarlandesrates, gekommen, um zu der Versammlung zu sprechen.

Die Leitung der Versammlung lag in der bewährten Hand des Vorsitzenden der Essener Ortsgruppe, Seminar-Oberlehrer Debusmann, der in seiner Begrüßungsansprache den Zweck der Veranstaltung darlegte: Im Deutschen Reiche ein Bild der Kämpfe und der Gesinnung der Saargebietsbevölkerung zu geben.

Als erster Redner sprach dann Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin. Er geißelt nach einem Bericht der „Essener Allgemeinen Zeitung" die Lügenpropaganda Clémenceaus, der durch eine gemeine Schiebung bei Wilson und Lloyd George den Eindruck zu erwecken wußte, als ob hier eine starke französische Minorität vorhanden sei. Durch genaue Untersuchungen habe Rechtsanwalt Giersberg festgestellt, daß die 150 000 Saarfranzosen, deren Adresse auf die Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet einen solchen Eindruck gemacht habe, ein Phantasieprodukt Clémenceaus und seiner Helfershelfer gewesen sei. Der Einzug der Franzosen bei der Besetzung habe mit seinem Tamtam auf die schlichte Bevölkerung den Eindruck gemacht, als ob der Zirkus von Barnum-Bailey angekommen sei. Die Saarregierungskommission, der Treuhänder des Völkerbundes, habe die Politik des französischen Militärs fortgesetzt. Alle Kundgebungen der Bevölkerung zum Deutschtum seien wirkungslos geblieben. Der Redner erläuterte die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages über das Saargebiet. Bei der Abstimmung erfolgte keine Bewertung des Gesamtresultats, sondern entsprechend der gemeinde- oder distriktsweisen Abstimmung eine regionale. Nach der politischen Niederlage wollen die Franzosen mit wirtschaftlichen Argumenten arbeiten, um noch möglichst viel für sich zu retten. Man müsse hier an das Schicksal Oberschlesiens denken. Der Redner schloß seine Ausführungen mit einer Warnung vor dem Glauben, als ob bei der politischen Entspannung in Europa das Saargebiet für Deutschland gerettet sei. Es gelte, auf der Hut zu sein. Die Saarbevölkerung werde jedenfalls die Treue halten. Deutsch die Saar, immerdar!

Hierauf sprach Malermeister Wilhelm Schmelzer, Mitglied des Saarlandsrates. Er ging von dem Aufnahmegesuch Deutschlands in den Völkerbund aus, wonach wahrscheinlich im März der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgen werde. Man sollte annehmen, sagte Herr Schmelzer nach der „Essener Volkszeitung", daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und nach der durch die Jahrtausendfeier tatsächlich erfolgten Abstimmung der Saarbevölkerung es das Natürlichste und Vernünftigste wäre, wenn sich die Mitglieder des Völkerbundsrates, zu dem ja Deutschland und Frankreich gehörten, darüber einigten, daß Frankreich seinen Anspruch auf das Saargebiet begrabe und das Saargebiet seinem Mutterlande wieder angegliedert wird. Man solle das annehmen, wenn die Voraussetzung da wäre, daß die Welt schon jetzt mit Vernunft und ehrlicher Gesinnung regiert würde.

Was Frankreich nach Locarno geführt hatte, seien wohl weniger Idealismus und Friedensliebe, sondern einzig und allein der Druck durch die finanziellen Verhältnisse Frankreichs Der Redner ging dann ein auf die Verhandlungen in Locarno und erwähnte dabei, daß wohl niemand in Deutschland und auch niemand im Saargebiet mit ungemischter Freude den Pakt von Locarno begrüßt hätte, aber nach Lage der Dinge sei die Reichspolitik wohl kaum anders zu führen gewesen. Das Saargebiet würde zweifellos eine gewisse Entlastung erfahren, aber gerade vom Saargebiet sei immer bekannt geworden, daß diese zu erwartende Entlastung in keiner Weise für das Reich bestimmend sein dürfte für den Eintritt in den Völkerbund.

Der Redner untersuchte dann, ob die Möglichkeit jetzt schon in greifbare Nähe gerückt sei, daß Frankreich auf das Saargebiet verzichte. Er verwies auf die verschiedenen Pressestimmen in Frankreich, auf die Ausführungen des Abgeordneten Uhry, der darauf hingewiesen habe, daß das Saargebiet in keiner Weise etwas von Frankreich wissen wolle, daß es vielmehr von deutscher Wesensart und von Deutschland gar nicht abzutrennen sei. Der Redner wies auch darauf hin, daß die offizielle französische Propaganda die Unterstützung ihres saarländischen

Propagandaorgans, des neuen „Saar-Kurier", seit einer Woche eingestellt habe, und daß dadurch dieses Blatt eingegangen sei. Er wies auch darauf hin, daß trotz vieler Zurückstellung oder Aufgabe der Annexionsabsichten noch weite Kreise in Frankreich, besonders das französische Militär, das Saargebiet immer noch als Glacis des Rheinlandes ansehen.

Neuerdings scheine es so, als ob die Propaganda darauf abgestellt würde, nunmehr der Saarbevölkerung klarzumachen, daß es für sie am zweckmäßigsten wäre, wenn ihr Land als eigenes Staatswesen bestehenbliebe. Es werde vielfach darauf hingewiesen, daß durch die Maßnahmen, die nach dem Diktat von Versailles erfolgt sind, die Wirtschaft des Saargebiets stark unter französischem Einfluß stehe und daß eine erneute wirtschaftliche und Währungsumstellung der Bevölkerung neue und noch größere Schwierigkeiten bereiten würde als die Umstellung vom deutschen in den französischen Wirtschaftskreis. Daß die Franzosen ihre Absichten auf das Saargebiet nicht vollständig aufgegeben hätten, beruhe wohl auch darauf, daß man sich noch gewisse Hoffnungen auf die regionale Abstimmung und auf die jetzt bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit von Frankreich mache.

Es gehe immerhin aus allem hervor, daß trotz der Gesinnung der Saarbevölkerung, trotz Locarno und trotz des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund der Kampf um das Saargebiet noch nicht zu Ende sei. Er werde nur mit anderen Mitteln und vielleicht auf anderem Gebiet stärker geführt werden müssen als bisher. Im Saargebiet habe man diese Erkenntnis durchaus, und man strebe gemeinsam, ohne Rücksicht auf Partei, gemeinschaftlich und mit unverminderter Kraft dem gleichen Ziele zu. Der Redner sprach die Hoffnung aus, daß der Saargebietsbevölkerung die ideelle Unterstützung nach wie vor in reichem Maße zuteil werden würde, und schloß damit, daß man im Saargebiet durch die Kämpfe der letzten Jahre nicht zermürbt, sondern in der Widerstandskraft gestärkt worden sei. Sie werden ausharren im Kampf und sich nicht eher zufrieden geben, bis ihr sehnlichster Wunsch erfüllt sei, wieder bei ihrem Mutterlande Deutschland zu sein.

Nach Schluß dieser beiden, mit größtem Interesse und herzlichstem Beifall belohnten Vorträge, nahm die Versammlung folgende Entschließung an:

„Die Versammlung nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis, daß die Bevölkerung des Saargebiets nach wie vor treu zu ihrem deutschen Volkstum steht, daß keine List und keine Gewalt sie wankend gemacht hat. Sie hofft, daß durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ihr Erleichterung zuteil wird, daß aber keine Teillösung dem Frieden dienen wird, sondern einzig und allein die baldige Rückkehr zum deutschen Vaterlande. Die Saarvereine werden den Kampf der tapferen Bevölkerung mit allen Kräften unterstützen. Bund der Saarvereine, Ortsgruppe Essen."

□ **Ortsgruppe Essen des Bundes der Saarvereine.** Am 23. Januar fand die erste Generalversammlung nach der Besatzung statt. Der bisherige 1. Vorsitzende, Herr Dr. jur et phil. Klaus Scholl, der unermüdliche Vorkämpfer für das Deutschtum an der Saar, wurde zum Ehrenmitgliede ernannt. An seiner Stelle wurde Herr Seminaroberlehrer Debusmann einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Ohne jeden Widerspruch wurde entsprechend den Wünschen des Bundes die Bezeichnung: „Bund der Saarvereine Ortsgruppe Essen" als Vereinsname angenommen. Freudig begrüßt wurde die Ankündigung, daß am 7. Februar, abends 8¼ Uhr, die schon lange in Aussicht genommene große Saar-Kundgebung nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten endlich stattfinden soll. In dieser Versammlung wird Herr Verwaltungsdirektor Th. Vogel, Berlin, den Hauptvortrag halten. — Darauf hielt der Vorsitzende einen fesselnden Lichtbildervortrag. An mehr als 100 Bildern zeigte er, was für reiche Naturschönheiten das Saargebiet in sich birgt, welch reichen Schatz an deutschen Kulturgütern es zu wahren hat, wie stolz die Industrie dort entwickelt ist. Nachdem der offizielle Teil seine Erledigung gefunden hatte, schwang die fröhliche Jugend das Tanzbein. Die Lichtbilder waren von der Geschäftsstelle Saarverein zur Verfügung gestellt worden. Der Abend war recht dazu angetan, dem Saargebiet neue Freunde zu werben.

§. **Ortsgruppe Bochum i. Westf. des Bundes der Saarvereine.** Am 6. 12. 1925 veranstaltete die Ortsgruppe Bochum einen Lichtbildervortrag, verbunden mit einer Kundgebung für das Deutschtum an der Saar. Es war der erste Schritt in die Oeffentlichkeit. Der gute Besuch und der tadellose Verlauf der Feier zeigten, daß es kein Fehlschritt war. Durch rege Tätigkeit der Mitglieder war die Bevölkerung Bochums auf den Abend vorbereitet worden. Nach und nach füllte sich der „Weiße Saal" der Bürgergesellschaft bis auf den letzten Platz. Alte Bekannte begrüßten sich, Heimatlaute klangen an die Ohren und gar bald fühlte sich auch der „Nichtlandsmann" heimisch. Herr Klemmer begrüßte als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe die Erschienenen und dankte für das entgegengebrachte Interesse, führte mit kurzen Worten die Leiden der kerndeutschen Saarbevölkerung vor Augen und forderte zur weiteren Unterstützung der Bestrebung auf. Die Musik setzte ein und stehend, mit begeistertem Herzen, sangen die Anwesenden unser Deutschlandlied. Straff spannte sich die Leinwand über die Bühne; über ihr in großen Lettern das Leitwort unseres Bundes:

„Deutsch die Saar immerdar".

Bekannte Orte, anheimelnde Stätten der Kindheit zogen an unserem Auge vorbei; Stätten harter, siegreicher Kämpfe; Stätten schwerer Arbeit, idyllische romantische Wälder und Höhen grüßten uns und mahnten uns, ihrer zu gedenken auch in ihrer Not, in ihrem Leid. Gar warm wurde das Herz, gar feucht so manches Auge, und wie eingehämmert preßten sich die Leitworte in manches Herz beim Anblick der herrlichen Heimatbilder. In der Pause übermittelte Herr Debusmann, der als Verbindungsmann der Ortsgruppen in Rheinland—Westfalen—Ruhrgebiet gewählt wurde, die Grüße der Nachbargruppe Essen und der Hauptstelle des Bundes der Saarvereine Berlin und führte den Anwesenden die Wesensverwandtschaft der Bevölkerung des Ruhr- und Saargebietes vor Augen, wies hin auf die Leidenszeit der Fremdherrschaft des Ruhrgebietes und forderte zur gegenseitigen Treue auf in Not und Gefahr. Für die Ortsgruppe war dieser Tag ein Gedenktag, ein Grundstein für eine bessere Zeit, denn trotz der wirtschaftlichen Not hatte sie diesen Schritt gewagt, vertrauend auf das Verständnis der Bochumer Bevölkerung für die Saarfrage. Am 20. 12. 1925 feierte die Ortsgruppe im gemütlichen Kreise das Weihnachtsfest. Eine reichliche Verlosung sowie eine gemütliche Familienfeier verschönerten das Fest des Friedens. Die Januarversammlung wurde in Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit der Mehrzahl der Mitglieder ausgesetzt. Die nächste Versammlung findet im Monat Februar statt, und ergeht hierzu an alle Vereinsmitglieder noch eine besondere Einladung. Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine befindet sich bei dem Mitglied Herrn Rech und bitten wir in Zukunft Anfragen usw. stets nach dort zu richten. Mögen nun auch die Fernstehenden ihre Pflicht erkennen und sammeln zum großen Appell unter der Parole

„Deutsch die Saar immerdar."

* * **Die Ortsgruppe Bottrop** hielt am 24. Januar ds. Js. die Generalversammlung ab. Der I. Schriftführer verlas das Protokoll der letzten Versammlung, wogegen keine Einwendungen erhoben wurden. Sodann erhielt der I. Kassierer das Wort zum Kassenbericht. Nachdem der Kassenbericht erstattet war, wurde dieser von zwei Revisoren geprüft und für richtig befunden, worauf der I. Schriftführer, Herr Hoff, wiederum das Wort erhielt zur Bekanntgabe des Geschäftsberichtes, der in allen Punkten die Zufriedenheit der Mitglieder fand. Sodann wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. Herr Neumann gab nun noch die inzwischen eingegangenen Schriftstücke bekannt, sowie überhaupt die schwebenden Fragen, was allgemein regen Anteil seitens der Mitglieder fand. Damit war die Tätigkeit des bisherigen Vorstandes erledigt und selbiger legte geschlossen das Amt nieder, um zur Neuwahl zu schreiten. Von sämtlichen Mitgliedern wurde dem Vorstand der Dank ausgesprochen für die geleistete Arbeit. Seitens einiger Mitglieder wurde sofort der Vorschlag gemacht, von einer geheimen Wahl Abstand zu nehmen und den alten Vorstand in seiner Gesamtheit wiederzuwählen. Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß in Anbetracht der guten und sehr anerkennenswerten Arbeit des bisherigen Vorstandes, es Pflicht der Mitglieder wäre, dafür zu sorgen, daß dieser Vorstand der Ortsgruppe erhalten bleibt. Dieser Vorschlag fand die ungeteilte Zustimmung sämtlicher Mitglieder und unter regem Beifall wurde der alte Vorstand wieder einstimmig gewählt. Der gesamte Vorstand nahm die Wahl wieder an. Herr Neumann dankte den Mitgliedern im Namen des gesammten Vorstandes für das diesem entgegengebrachte Vertrauen und versprach auch weiterhin restloses Einsetzen der ganzen Kraft für das Gelingen unserer guten Sache.

§. **Die Ortsgruppe Gladbeck** hielt am Sonntag, den 24. Januar ds. Js., nachmittags 5 Uhr im Vereinslokal „Schultenhof" ihre Jahres-Hauptversammlung ab. Der I. Vorsitzende eröffnete die gut besuchte Versammlung mit kurzen Worten herzlicher Begrüßung. Uebergehend zur festgesetzten Tagesordnung entfaltete er in einem längeren Bericht ein anschauliches Bild über die Vereinstätigkeit der Ortsgruppe innerhalb der kurzen Zeit ihres Wiederbestehens. War sie doch fast 3 Jahre durch die welsche Besatzung zur Passivität verurteilt. In seinen Schlußworten gab er dem Wunsche Ausdruck, daß das Jahr 1926 ein glücklicheres sein möge für unsere liebe Saarheimat, als die vorletzten Jahre, und daß das dem deutschen Volke an der Saar durch den Versailler Vertrag zugefügte Unrecht in Bälde wieder gutgemacht werden muß, durch Befreiung vom welschen Joche und Rückkehr zum geliebten Mutterlande. Im Anschluß daran erstattete der I. Kassierer Bericht über das von ihm verwaltete Vereinsvermögen, das sich noch al-

ein ganz winziges, kaum ins Auge fallendes „Samenkörnchen" entpuppte. Nachdem dem geschäftsführenden Vorstande Entlastung erteilt war, schritt man zur Neuwahl des Vorstandes, in der der alte einstimmig „en bloc" per Akklamation wiedergewählt wurde. Es folgte sodann die Abwicklung der neuen Vereinssatzungen, welche vom Vorstande bereits ausgearbeitet waren, und deren Annahme von der Versammlung einstimmig beschlossen wurde. Bei Punkt Verschiedenes setzte eine lebhafte Debatte ein, betreffs Veranstaltungen der Ortsgruppe für die kommende Zeit. Den gut gedachten Anregungen wurde zum Schluß auch Verständnis insofern entgegengebracht, daß von der Versammlung eine zweigliedrige Kommission gewählt wurde, die sich speziell mit der erwähnten Sache befassen soll. Hoffen wir, daß sie von gutem Erfolg gekrönt sein möge. Der gemütliche Teil brachte manches Schöne und Heitere in Saarbrücker Mundart.

* **Die Ortsgruppe Ettlingen des Bundes der Saarvereine** hielt am 30. Januar im Vereinslokale zum Bayerischen Hof ihre Jahresversammlung ab, wozu eine stattliche Anzahl von Mitgliedern sich eingefunden hatte. Der Vorsitzende, Kaufmann Neurohr widmete zunächst den verstorbenen Mitgliedern, Präsident Dr. Uibel, und der Mitbegründerin der Ortsgruppe, Frau Alwine Joch warme Nachrufe. Die Anwesenden erhoben sich zum ehrenden Andenken von den Sitzen. Aus dem hierauf erstatteten Tätigkeitsbericht ging hervor, daß die Ortsgruppe auch im verflossenen Jahre durch eine Reihe von Veranstaltungen und Vorträge weitere Aufklärungsarbeit über die unerträglichen Verhältnisse und trostlosen Zustände, Knechtung und Bedrückung der Saarbevölkerung durch die widerrechtliche Besetzung der Franzosen geleistet hat. Im Saargebiet sei die Bevölkerung gegen ihren Willen wie eine Ware behandelt worden, als persönliches Anhängsel zu den Kohlen, denn die Kohlengruben sind nach den Versailler Bestimmungen in den Besitz Frankreichs übergegangen und damit herrscht Frankreich wirtschaftlich über das Saargebiet. Der Kassenbericht ließ erkennen, daß die Hauptaufgaben für Propagandazwecke und Unterstützungen an verdrängte Saarbewohner gemacht wurden. Die Sache des Bundes der Saarvereine ist eigentlich Sache des ganzen deutschen Volkes. Es erging ein Appell an die Mitgliedschaft die Werbetrommel in allen Kreisen zu rühren, um Mitglieder zu gewinnen und um so in den Stand gesetzt zu werden, Propagandamittel im Kampfe für das Deutschtum an der Saar zu erhalten. Anmeldungen können auch direkt gerichtet werden an die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Karlsruhe, Vorsitzender Hans Neurohr, Schützenstaße 12a. Die Wahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl des seitherigen Vorsitzenden Neurohr; ferner Polizeiwachtmeister Georg Schwarz als 2. Vorsitzender und Schriftführer und Malermeister Math. Kohlhorn als Beisitzer. Neu hinzu gewählt wurden als Kassierer Herr Paul Voigt und als Beisitzende Frau Johannes. Es folgte sodann eine Besprechung über den weiteren Ausbau der Vereinsziele. Insbesondere hat man die weitere Pflege der Zusammenarbeit mit den hiesigen landsmännischen Vereinen ins Auge gefaßt. Nachdem noch für Anfang März ein Saarabend mit Lichtbildervortrag beschlossen wurde, wurde die sehr anregend verlaufene Jahresversammlung mit dem Wunsche, daß das Saargebiet bald wieder mit unserem lieben deutschen Vaterland vereinigt wird und mit einem Hoch auf unsere standhaften, wackeren Brüder und Schwestern an der Saar geschlossen.

Einen Rundfunkvortrag über das Thema „Der Saardeutschen Kampf" hielt in Königsberg i. Pr. am Dienstag, den 2. Februar, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, nachdem er am Tage vorher bei der Kundgebung für die abgetrennten Gebiete einen einhalbstündigen Vortrag mit Lichtbildern über das deutsche Saargebiet gehalten hatte. In seinem Rundfunkvortrag, der überall vortrefflich zu verstehen war, gab er zunächst der Freude aller deutschgesinnten Frauen und Männer darüber Ausdruck, daß Köln und damit die 1. Zone endlich geräumt und befreit sei. Vom Kölner Dom, dem Wahrzeichen der mehr als tausendjährigen Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Deutschen Reiche wäre in der vorhergegangenen Sonntagnacht um 12 Uhr die deutsche Glocke mit ihrem feierlichen Klange ertönt, jene Glocke, die nach dem Kriege neu gegossen worden sei und die bedeutungsvollen Worte trage: „Geboren aus deutschem Leid, rufe ich zur Einigkeit". Wer sich des Radiowunders bedient habe, habe auch in Ostpreußen und in Königsberg den feierlichen Glockenklang vernommen und so die Befreiungsstunde Kölns miterlebt. Auch London habe der Funkspruch diesen Glockenklang hören lassen. Das Geläut der deutschen Glocke habe sich, so schreibe eine englische Zeitung, angehört wie das donnernde Echo eines gewaltigen Gongs vom Hammer eines Gottes geschlagen, es habe überirdisch geklungen. Unter dem tiefen Eindruck dieser Befreiungskundgebung und in richtiger Erkenntnis der Not und des Leides der ganzen Welt habe sogar eine englische Zeitung geschrieben, „es würde vorzuziehen sein, wenn die gesamte Besatzung beendet würde, der Zeitraum von 15 Jahren sei mehr eine Gefahr als eine Sicherung". Möge diese Mahnung, so führte Redner aus, von denen, die es angeht, verstanden und beherzigt werden. Der deutschen Glocke Ruf zur Einigkeit, der heute notwendiger sei denn je, diese Mahnung der Petrusglocke in Köln solle und müsse uns Kraft und Mut geben, entschlossen weiterzukämpfen um Deutschlands endgültige Befreiung vom Joch der Besetzung, von untragbaren materiellen Verpflichtungen und der moralischen Last der uns auferlegten Kriegsschuld. Die Wahrheit komme immer mehr an den Tag, es gehe ein Ahnen durch die Welt, daß man sie dereinst von Versailles und von den Ententehauptstädten aus elendiglich hinters Licht geführt habe und mit dem Ahnen komme das Erkennen, was mit dem Versailler Diktat dem deutschen Volke geraubt und ihm auferlegt worden sei. — Sodann ging Redner zu seinem eigentlichen Vortragsthema über, um zunächst darauf hinzuweisen, daß die Sinnlosigkeit des Versailler Diktats mit seinen zerstörenden Wirkungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bedeutung sich besonders augenfällig an dem beklagenswerten Schicksal des Saargebietes zeige. In großen Umrissen, aber mit scharfen Worten schilderte Redner die geschichtliche Vergangenheit und die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebiets, indem er betonte, daß deutscher Geist und deutscher Fleiß an den Ufern der Saar in jahrhundertelanger Arbeit ein Industriezentrum geschaffen hätte, das vor dem Kriege zu einem der wichtigsten Europas gehörte. Die 800 000 Menschen, die dort an der Saar in dem von der Entente abgegrenzten Gebiete wohnten, seien urdeutsch, deutsch sei ihre Seele, deutsch ihre Geschichte, deutsch ihre Kultur und deutsch der Boden, auf dem sie leben und arbeiten. Ueber sechs Jahre stünden unsere Brüder und Schwestern an der Saar in einem Kampfe, der schwerer als ihr harter Lebensgang sei, im aufreibenden Kampfe um ihr Volkstum und Vaterland. Redner schilderte dann in eingehender Weise all das, was sich bis jetzt an der Saar abgespielt hat infolge der Auswirkungen der Bestimmungen des Friedensdiktats von Versailles über das Saarbecken. Bei allen bisherigen Maßnahmen seien die Absichten der nur unter französischem Einfluß stehenden Regierungskommission unzweideutig hervorgetreten, das Saargebiet aus seinem engsten politischen und wirtschaftlichen Zusammenhange mit Deutschland zu lösen und Frankreich die Möglichkeit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Durchdringung des Saargebiets zu bieten. Redner schilderte dann in eingehender Weise den Kampf, den das Saarvolk um die Deutscherhaltung seiner lieben Saarheimat führe, indem er besonders auf die vielfachen Delegationen der politischen Parteien des Landesrats des Saargebiets hinwies, die einen wahren Berg von Beschwerden vor den Völkerbundsrat zusammengetragen hätten, bisher aber fast ohne nennenswerte Erfolge. Alle Bemühungen der Saarregierung und der französischen Propaganda seien erfreulicherweise erfolglos geblieben. Die Herzen der Bevölkerung schlügen nur für das angestammte deutsche Vaterland. Alle bisherigen Kundgebungen in der Presse und in öffentlichen Versammlungen bedeuten einen unbestrittenen Sieg deutscher Treue und deutschen Stammesbewußtsein. Die Jahrtausendfeiern im Saargebiet hätten in dem gleichen Sinne mit nie geahnter Kraft und Einmütigkeit diesen deutschen Treueschwur überwältigend zum Ausdruck gebracht. Und wenn in der Landesratssitzung vom 17. November 1925 von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten der einheitliche Ruf erklungen sei, — zurück zu Deutschland — dann sei das der stärkste Beweis dafür, daß die Lüge Clemenceaus über die angeblichen 150 000 Saarfranzosen restlos als solche entlarvt sei, so entlarvt, daß man selbst in der französischen Kammer davor zurückschreckte, die bisherige französische Saarpolitik weiter öffentlich zu vertreten. Zum Schluß ging Redner noch auf die durch die Locarnoverhandlungen im Saargebiet geweckten Hoffnungen näher ein, indem er ausdrücklich betonte, daß im Saargebiet Einigkeit darüber herrsche, daß Rückwirkungen des Locarno-Paktes auf das Saargebiet sich nicht als Teillösungen, sondern nur als völlige Neuregelung der Saarfrage erweisen müßten, wenn der Gerechtigkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung entsprochen werden solle. Um die treuen Brüder und Schwestern an der Saar brauche Deutschland nicht besorgt zu sein, ihr in opferreichem Kampfe um das Deutschtum bewiesener Patriotismus sei ein heller Lichtstrahl in unserer dunklen Gegenwart. Diesen Braven gebühre der Dank des Vaterlandes dafür, daß sie in den trübsten Stunden bis zum Tode treu festhalten an dem Wahlspruch: „Deutsch die Saar immerdar!"

§ **Eine Kundgebung für die abgetrennten Gebiete** in Königsberg, O.-Pr., veranstaltete am Montagabend die Albertus-Universität und der Verband der landsmannschaftlichen Vereine im Messehauptrestaurant. Vaterländisches Empfinden und klares, nüchternes Wissen um unser gutes Recht vereinten sich zu dem unbeugsamen Willen, dem Deutschtum in Mitteleuropa den ihm gebührenden Lebensraum zu verschaffen. Nach einleitenden Musikstücken hieß der Vorsitzende des Verbandes landsmannschaftlicher Vereine in Königsberg, Major a. D. Krause, die zahlreich erschienenen Anwesenden herzlich willkommen. Herr Oberpräsidialrat a. D. v. Hassel hielt einen bedeutsamen Vortrag über „Grenz- und Auslandsdeutschtum in den abgetrennten Gebieten". Im Anschluß sprach der Rektor der Albertus-Universität, Professor Dr. Litten, über das Thema: Die Albertus-Universität als Vorposten deutscher Kultur

in der Ostmark. Darauf folgten einige Musikstücke, und als letzter Redner sprach Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin über das Thema: Der Saardeutschen Kampf. Mit scharfen Strichen entwarf er, so schreibt die „Königsberger Allg. Ztg.", ein lebendiges Bild von dem heldenhaften Ringen unserer Brüder an der Saar. Zu der Kriegslüge komme noch eine Art Nachkriegslüge, die man aufgebracht habe, um das treudeutsche Saargebiet zu verschachern und Deutschland zu rauben: „Die Saarlüge". Kein Wort von alledem, was die französische Diplomatie bezüglich der historischen Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet geltend gemacht habe, sei wahr. Die Widerlegung finde jedermann in dem von der deutschen Regierung herausgegebenen Weißbuch über das Saargebiet. Die politischen Bestimmungen darüber zielten ab auf seine Entgermanisierung und Verwelschung, das wirtschaftliche Endziel sei der Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich usw., durch die völlig schulden- und lastenfreie Ueberlassung sämtlicher Steinkohlenbergwerke im Saargebiet. So sei das Deutschtum an der Saar von schweren Gefahren bedroht. Die Not und Armut der Saarbevölkerung infolge des Frankensturzes sei ungeheuer. Demgegenüber könne als einziges Aktivum nicht genug hervorgehoben werden die deutsche Treue des Saarvolkes, das mit Zähigkeit und einem Bekennermut ohnegleichen trotz aller Versuchungen und Verlockungen am lieben deutschen Vaterlande, an seinem angestammten preußischen und bayerischen Teil festhalte. Frankreich wisse recht gut, daß es das Spiel an der Saar verloren habe, denn noch vor wenigen Tagen habe der französische Kammerabgeordnete Uhry erklärt, daß sich unter den 75 000 Bergleuten des Saargebiets, die den Hauptbestandteil der Saarbevölkerung bilden, im Falle einer Abstimmung noch nicht 100 Stimmen zugunsten Frankreichs finden würden. Um die Volksabstimmung 1935 brauche also niemand zu bangen, die Abstimmung werde das, was bisher schon mehr als hundertmal bewiesen worden sei, klipp und klar dartun, daß der Wahlspruch des treudeutschen Saarvolkes wahr bleibe: „Deutsch die Saar immmerdar". Durch eine Reihe ausgezeichneter, teils farbiger Lichtbilder wurde der Vortrag höchst wirkungsvoll ergänzt. Ihm folge das begeistert gesungene Deutschlandlied. Damit war der offizielle Teil der Festfolge beendet. Bei Musik, Unterhaltung und gemeinsamen Liedern blieben die Teilnhmer jedoch noch einige Stunden beisammen. Unter anderem brachte Herr Regierungsrat Hassenstein folgende Entschließung zur Kenntnis: „Die heutige Kundgebung in Königsberg für die abgetrennten Gebiete, besonders der Vortrag des Verwaltungsdirektors Vogel-Berlin über „Das Saargebiet und der Völkerbund" gaben uns Veranlassung, auch unseres treudeutschen Saargebiets zu gedenken und auf die Notwendigkeit weiterer Verbreitung der trefflichen Aufklärungsschrift über die Saarlüge hinzuweisen. Durch den bekannten Betrug Chemenceaus ist unsere Saarheimat verschachert und vom Mutterlande getrennt worden. Im Geiste von Locarno darf wohl mit Recht an die Vertragsmächte appelliert werden, die den Loarnopakt unterzeichnet haben und im Völkerbund vertreten sind, entsprechend dem Geiste der Locarnoabmachungen sich auch für eine Neuregelung der Saargebietsfrage einzusetzen, die dem Willen der Bevölkerung und der Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entspricht. Mit saarländischem Heimatgruß! Die in der Königsberger Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine vereinigten Landsleute. J. A.: Gerhard. Vorberg. Hassenstein."

Die Ortsgruppen des Bundes der Saarvereine und alle sonstigen Interessenten erlauben wir noch einmal auf die bei uns vorhandenen Lichtbildervorträge aufmerksam zu machen. Wir haben keine Kosten gescheut, um uns im Vorjahre einen neuen Lichtbildervortrag über das Saargebiet zu beschaffen. Wir haben von diesem neuen Lichtbildervortrag, der aus 108 Bildern besteht, 6 Serien vorrätig, so daß wir den Vortrag mehrere Male zu gleicher Zeit ausleihen können. Die Leihgebühr beträgt 20 M. Wir bitten alle Freunde und Anhänger unserer Sache, besonders aber die Ortsgruppen, diese äußerst schönen Lichtbilder in den Dienst unserer Aufklärungsarbeit zu stellen und auch für die Vorführung in anderen Vereinen Sorge tragen zu wollen. Die Ortsgruppe Essen, die die Lichtbilder kürzlich mit großem Erfolge vorführte, schreibt uns heute u. a.: „Die Bildserie ist sehr schön. Wir können nur jedem Verein empfehlen, sich die Bildserie auch einmal kommen zu lassen". Die Landesgruppe Bayern des Bundes der Saarvereine in München schreibt uns folgendes: „Der Lichtbildervortrag, den der Unterfertigte (der Vorsitzende Herr Kunstmaler Franz Johannes) gelegentlich unserer Weihnachtsfeier gehalten hat, hat allgemeinen Beifall gefunden. Wir können den von unserer rührigen Geschäftsstelle sicherlich mit großen Opfern zusammengestellten Lichtbildervortrag allen Saarvereinen wärmstens empfehlen . . ."

Aus diesen zwei kurzen Urteilen geht hervor, welchen Eindruck die Vorführung der Lichtbilder hinterlassen hat.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein",
Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. des Saarvereins hat den Verlust ihres lebensältesten und treuesten Mitgliedes, des Herrn Fabrikanten Franz Weißmüller zu beklagen. Herr Weißmüller ist 84 Jahre alt geworden, er hat in Verteidigung seiner Saarheimat bereits 1870 gegen Frankreich gekämpft und ist auch nach seiner Niederlassung in Frankfurt a. M. ein treuer Sohn seiner Heimat geblieben. Seit Gründung der Ortsgruppe gehörte er ihr als eines ihrer treuesten und eifrigsten Mitglieder an. An seinem Ableben nimmt die Ortsgruppe herzlichsten Anteil.

Der Saarverein, Ortsgruppe Frankfurt, warnt alle mittellose Personen vor der Zureise nach dem überlasteten Frankfurt am Main. Die Arbeitslosigkeit im unbesetzten Deutschland, insbesondere in Frankfurt am Main und Umgebung, ist so groß, daß auf öffentliche oder private Unterstützung kaum gerechnet werden kann.

Bücherschau.

Kriegsgräberfürsorge. Noch vier Wochen trennen uns von dem einen Tage im Jahre, an dem wir alle ohne Ausnahme einige Stunden liebenden Gedenkens unseren im Weltkriege gefallenen Brüdern widmen: dem Volkstrauertag! Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, e. V., Berlin, weist in dem soeben erschienenen Februarheft seiner Bundeszeitschrift „Kriegsgräberfürsorge" in eindringlichen Worten nochmals auf die Bedeutung dieses Tages hin. — In welch' vorbildlicher Weise die Deutschen Siebenbürgens für die hier liegenden Kriegerfriedhöfe sorgen, zeigt uns der Bericht, den ein Teilnehmer an den Einweihungsfeierlichkeiten der Friedhöfe Talmesch und Freck über diese dem Volksbund eingesandt hat. — Neben Berichten über eine große Anzahl Friedhöfe in Ost und West, Nord und Süd, bringt das Heft 2 dieses Jahres die Namen derjenigen Friedhöfe in Belgien, von denen Lichtbilder bei der Bundesgeschäftsstelle, Berlin W. 15, Brandenburgische Straße 27, bestellt werden können. — Ein Mitglied des Bundesvorstandes besuchte 72 Friedhöfe in Frankreich und Elsaß-Lothringen. Der überaus interessante und ausführliche Reisebericht ist ebenfalls in dem Februarheft enthalten. — So gibt auch die neueste Nummer der „Kriegsgräberfürsorge" wieder Zeugnis von der umfassenden Arbeit des Volksbundes und dürfte jedem Leser, der ein Herz für die Kriegsgräberfürsorge hat, einen willkommenen Lesestoff bieten. Zu beziehen ist die Zeitschrift durch die Bundesgeschäftsstelle in Berlin W. 15, Brandenburgische Straße 27, oder die Verbände und Ortsgruppen des Volksbundes.

Rösselsprung.

derb	tum	ge-	ri-	beit	glut	der	gen-	de	und	dör-
sund	feu-	sam	im	soar	■	dil-	hen	fer	de	men-
beit-	und	deutsch-	in	ger	ar-	ra-	ten	schäu-	flut	und
den	blü-	her-	dee	dich	S.	lie-	lin-	hb-	süt-	wäl-
hän-	ar-	mit	■	ich	■	land	■	de	städ-	schlöß-
hen-	la-	ge	zen	an	be	gen	hei-	pracht	der	wacht
schlag	schein	men-	wein	grün-	mat	ner	schen-	lieb-	ser	te
be-	de	er-	son-	rund	rau-	li-	gen	wahr-	ger	in
gem	schen-	der	gol-	■	ben	■	te-	sel-	in	und
sel-	den	ni-	ge-	in	cher	auf	und	bur-	sel-	si-

Briefkasten.

Von K. in B. 6 M. mit bestem Dank erhalten.
Von L. in S. 4 M. mit bestem Dank erhalten.
Von N. in A. 1,50 M. mit bestem Dank erhalten.

Dieses Stück Deutschen Landes

zeigt

in prachtvoller künstlerischer Aufmachung das mit großem Beifall aufgenommene Werk

„Das schöne Land an der Saar"

von H. KEUTH, Kunstmaler.

PREIS **12** MARK

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag

Saarbrücker Druckerei u. Verlag A.-G.

Rathausplatz 5 Saarbrücken Fürstenstr. 5-7.

Die im vierten Jahrgang erscheinende illustrierte Monatszeitschrift

Elsaß-Lothringen Heimatstimmen

herausgegeben im Auftrage der Alt-Elsaß-Lothringer im Reich von

Dr. Rob. Ernst,

unterrichtet sachkundig über Elsaß-Lothringens Geschichte, Politik, Literatur und Wirtschaft.

Probeheft jederzeit unberechnet von der Vertriebsstelle.

*

Postbezug vierteljährlich . . . . . (durch die zuständige Postanstalt)	1,80 M.
Streifbandbezug vierteljährlich	2,10 M.
Auslandsbezug halbjährlich	5,00 M.

(Bestellungen für Streifband- und Auslandsbezug an die Vertriebsstelle.)

Schriftleitung, Vertriebsstelle, Anzeigen-Annahme: Berlin W. 30, Postschließfach Nr. 5.

Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigensten Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen"

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsaß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen" Freiburg i. B., Röderstr. 12.

Das deutsche Saargebiet unter der Fremdherrschaft

von Otto Andres.

Von der Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94 II, zum Preise von 1,— Mk. zu beziehen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Kurt Meuter, Berlin.
Verlag: Geschäftsstelle „Saar-Verein", Berlin SW. 11, Königgrätzer Straße 94; Druck: Deutscher Schriftenverlag Berlin SW. 11.